

Politik treibt Tausende in die Armut

Das beweist eine Studie des Landes. Butter kommt nur dünn aufs Brot. Und ein Eis für die Enkerln geht sich nicht aus, berichten von Geldnöten geplagte Steirer. – Die hohen Preise machen den Menschen zu schaffen. Eine amtliche Preisregelung könnte helfen.

Seite 2 und 3

Grazer Gemeindefohnungen: Keine Mieterhöhung

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr hat es durchgesetzt: Die Stadt Graz macht die Erhöhung der Kategoriemietzinsen nicht mit. Das ist ein Zeichen gegen die Teuerung. Die KPÖ hofft, dass jetzt andere Bauträger und private Vermieter mitziehen.

Seite 7

URLAUB OHNE KOFFER

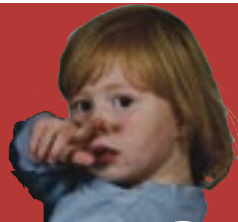
Reisegepäck auf Irrfahrt

S. 16/17



Kein Stimmvieh. Die Großparteien hoffen, dass die Wähler schon vergessen haben, wie sie in den letzten Jahren mit der Bevölkerung umgegangen sind. Lassen Sie sich von leeren Versprechungen die letzten Sommertage nicht verderben und lesen Sie auf diesen 24 Seiten, dass es am 28. September mit der Liste 6 eine echte Alternative gibt!

Protest gegen TEUERUNG



Diesmal

KPÖ

Liste 6



Land Steiermark gesteht in Studie ein:
Wohlstand ist nur ein Märchen

Armut nimmt zu

Immer mehr Menschen in der Steiermark fehlt es am Geld für das Notwendigste: 65.000 leben unter der Armutsgrenze, 136.000 sind armutsgefährdet. 43% sind auf Unterstützungen aus dem Sozialsystem angewiesen.

In unserem Bundesland waren laut dem Ende August veröffentlichten Bericht „Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark“ im Jahr 2006 65.000 Menschen akut arm, 136.000 Personen, das entspricht 11,6 % der Bevölkerung, armutsgefährdet.

Besonders betroffen von der Armut sind Frauen, – insbesondere Pensionistinnen. So wurden Ende 2007 in der Steiermark 283.369 Pensionen ausbezahlt. Die durchschnittliche Höhe betrug bei Männern 1.333 Euro, bei Frauen jedoch lediglich 790 Euro. Häufig betroffen sind auch chronisch Kranke und kinderreiche Familien.

Das Notwendigste fehlt

Auch die Arbeitslosen sind stark von Armut bedroht, kein Wunder, ist doch das Arbeitslosengeld in Österreich mit 55% des Nettogehalts eines der niedrigsten in Europa.

15% der armutsgefährdeten

Personen können es sich nicht leisten, neue Kleidung zu kaufen. 62% können unerwartete Ausgaben (z.B. Reparaturen) nicht bestreiten. Zu den Dingen, die sich armutsgefährdete Personen nicht leisten können, zählen weiters: Urlaub (für 65%), ein eigener PKW (für 22%), Geschirrspülmaschine (für 12 %), PC (für 16%) und Internet (für 17%).

Armut macht krank

Arme sind auch mehr krank: 14% sind in einem „schlechten Gesundheitszustand“ (nicht armutsgefährdete: 7%); „chronisch krank“ 29% (zu 18%); „stark beeinträchtigt durch Behinderung“ 12% (zu 9%).

Die Autoren der Studie kommen zum Schluss, dass 43% der Menschen in der Steiermark ohne staatliches Sozialsystem von Armut gefährdet wären. Im gelobten Kapitalismus kann also nur jede/r Zweite ohne staatliche Hilfe überleben!



TEURES LEBEN MACHT DEN

Eis fürs Enkerl

„Ich schaue immer alle Prospekte durch, bevor ich einkaufen gehe, um zu sehen, was ich wo am billigsten bekomme“, sagt Frau Kraft*. Die Teuerung trifft sie mit voller Wucht, denn sie muss mit 597,- Euro Unterhalt monatlich über die Runden kommen.

Frau Kraft führt Buch über jede Ausgabe, die sie tätigt. Zum Bäcker geht sie erst abends, wenn der Brotpreis reduziert ist. „Früher war das Brot ab halb sechs um die Hälfte billiger. Seit heuer kostet es abends nur noch um 30 % weniger“, bedauert die 66jährige. „Für ein Kilo Brot zahle ich jetzt 2,40 Euro.“

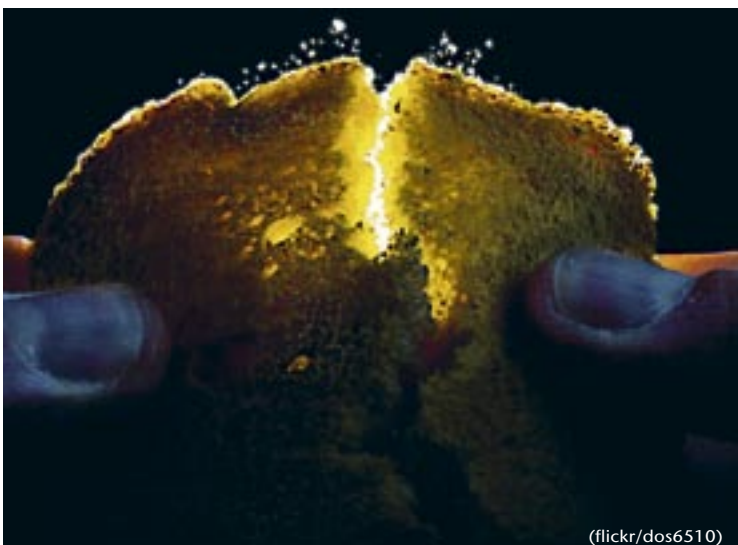
Der letzte Luxus

Frau Kraft hat sich längst überall eingeschränkt. Jetzt hat sie keinen Spielraum mehr. „Ich bin eine kleine Esserin“, sagt sie bescheiden. „Aber Butter mag ich halt so gerne. Ich streich sie eh nur hauchdünn aufs Brot“, rechtfertigt sie fast entschuldigend den letzten „Luxus“, den sie sich gönnt.

Nicht mehr als 18 Grad

Früher, vor dem Unfall, zählte Herr Walzel* keinesfalls zu den Ärmsten. Doch dann zwang ihn die 80%ige Behinderung in die Invaliditätspension, mit der er immer schwerer auskommt, seit die Preise für Lebensmittel, Wohnen, Heizen und der Sprit für das unverzichtbare Auto so teuer geworden sind. Auch seine Frau bezieht nur ein minimales Einkommen. „Bei uns hat es im Winter nie mehr als 18 Grad in der Wohnung. Mehr können wir uns nicht leisten“, erklärt Herr Walzel.

Zuletzt ist die Wohnung teurer geworden. Mit der Abfertigung konnte sich das Paar einige Zeit über Wasser halten, doch jetzt steigen die Schul-



(flickr/dos6510)

Brot wird für immer mehr Menschen zum Luxus.



Da bleiben oft nur die Erdäpfel im Einkaufswagen! Immer mehr Menschen müssen jeden Cent dreimal umdrehen. Was das im täglichen Leben bedeutet, schildern uns Betroffene persönlich. Die Gesellschaft leugnet das Problem. Wer nichts hat, schämt sich noch dafür.

ALLTAG ZUM ALPTRAUM

? Zu teuer!

den. Herr Walzel ist verzweifelt. „Wir müssen befürchten, dass wir gepfändet werden“, klagt Herr Walzel.

Kein Geld fürs Eis

„Früher wollte ich die Welt bereisen. Heute kann ich mir nicht einmal mehr das Sitzen zu Hause leisten“, fasst er zusammen. Am meisten bedauert Herr Walzel aber: „Es tut weh, dass ich meinem Enkerl kein Eis kaufen und meine Frau nicht mit einem Geschenk überraschen kann“, gesteht er.

Die zunehmende Armut ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis der Politik, wie sie seit dem EU-Beitritt praktiziert wird. Privatisierungen und Steuergeschenke sollen Österreich für Großkonzerne und Spekulanten attraktiver machen. Sinkende Reallöhne, wachsende Arbeitslosigkeit und Unsicherheit sind die logische Folge für die Mehrheit. Nur eine kleine Minderheit profitiert von dieser Politik.

Zwei Kinder haben die Grüners*. Herr Grüner studiert und bezieht Familienbeihilfe, seine Frau bekommt Kindergeld. Es klemmt es an allen Ecken und Enden. „Die Beihilfen bleiben hinter der Inflation immer mehr zurück“, stellt Herr Grüner fest. Ob Obst, Gemüse oder Bücher fürs Studium, jede Ausgabe will überlegt sein.

Auto gibt es selbstverständlich keines. Die Familie geht zu Fuß. „Die Kinder würden gerne einmal in den Tierpark gehen“, erzählt Herr Grüner. Daraus wird vorläufig nichts werden – musste doch unlängst die kaputte Waschmaschine durch ein günstiges Gebrauchtgerät ersetzt werden.

Eine amtliche Preisregelung könnte die schlimmsten Härten mildern. Sie hat sich als Mittel gegen die Teuerung in Österreich über langere Jahre bewährt. Beim EU-Beitritt wurde sie abgeschafft.

*) Namen sind der Redaktion bekannt



MEINUNG

Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Die Nagelprobe kommt erst

Vor Wahlen entdecken alle Parteien die „Kleinen Leute“. Kein Wunder – schließlich würden selbst die Stimmen aller Oberen Zehntausend zusammen nicht einmal für ein einziges Mandat reichen. Darum dürfen wir uns derzeit über Botschaften wie Senkung auf Preise für Lebensmittel und Energie, Abschaffung der Studiengebühren und des Pflegeregresses, Verlängerung der Hacklerregelung und anderes mehr freuen. Ja selbst die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel soll halbiert werden. Schon lange haben die sozialen Herzen unserer Spitzenpolitiker nicht mehr so heftig geschlagen.

Was die Bevölkerung wirklich von den vielen Liebesgaben hat, wird sie erst nach den Wahlen erfahren. Könnte es dann nicht sein, dass wir auf die versprochene Steuerreform verzichten müssen und die große Zahl der Berufs-

tätigen und Pensionisten noch stärker vom Fiskus gerupft wird? Würde der Handel eine Mehrwertsteuersenkung als eine Möglichkeit zur Gewinnerhöhung sehen, so wie es seinerzeit die meisten Wirte getan haben, als die Getränkesteuer abgeschafft wurde? Das Bier ist damals jedenfalls kaum wo billiger geworden!

Die Nagelprobe kommt erst mit der Finanzierung der Wahlzuckerl. Nur wenn man bereit ist, endlich einmal die Besitzer großer Vermögen zur Kasse zu bitten, dann würde auch die Bevölkerungsmehrheit etwas davon haben. Ansonsten wäre die Freude über Verbesserungen wohl nur von kurzer Dauer. Vorschusslorbeeren bei den kommenden Wahlen haben die Großparteien keine verdient. Im Gegenteil – diese würden sie sicher sehr rasch wieder übermütig werden lassen!

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104

KLEIN, ABER MIT BISS



Im Herbst ist Jagdzeit. Nach der Wahl beginnt aber wieder die Schonzeit für Politiker.

INHALT

Aus für Rückzahlungspflicht ...	4/5
Millionen für Herbersteins.....	6
Mieten werden nicht erhöht	7
Spielsucht am Automaten.....	8
Richtige Wahl für Österreich	9
Protest gegen Wahlversprechen	11
Tolle Fundstücke	12
Neues Schladming	13
Dem Rassismus keine Chance ..	14
Wohnungsschwindel.....	15
Gepäck auf Irrfahrt.....	16/17
Tierecke	19
Genmaispflicht in der EU	20
Seltene Obstsorten aufgespürt.	21
Kleinanzeigen/Leserbiefe ...	22/23

KOMMENTAR



Herbstlohn- runde

Von Peter Scherz
Arbeiterkammerrat des GLB

Ende September beginnen die Verhandlungen zur Herbstlohnrunde. Aufgrund der jüngsten Preisentwicklungen und der wirtschaftlichen Probleme findet die Herbstlohnrunde unter verschärften Bedingungen statt. Allein um eine Realloohnerhöhung von 1 % zu erzielen, müssten die Forderungen zwischen 6 und 8 % betragen, und selbst dann ist zu befürchten, dass Lohnerhöhungen von der kalten Progression (d.h. höhere Löhne werden durch größere Steuerabzüge kompensiert) aufgefressen werden.

Fair ist eine Lohnerhöhung also nur, wenn sie mit entsprechenden Begleitmaßnahmen verbunden wäre, wie etwa einer sozial gerechten Steuerreform und einer Reduzierung des Eingangssteuersatzes.

Im Wahlkampf geht dieses Thema vollkommen unter. Dabei könnten Spitzenpolitiker hier wirklich kreativ werden. Stattdessen machen kurioseste Wahlversprechen die Runde, die jeder Sinnhaftigkeit entbehren.

Wer genau hinhört, wird schon bemerkt haben, dass bei all den Versprechungen der Umverteilungsgedanke nicht zum Tragen kommt. Daher ist klar, wer für all diese Zuckerln die Zeche bezahlen wird. Wir können uns schon einmal darauf einstellen, dass die schlechte Zeit nach den Wahlen kommt.

meint *Ihr Peter Scherz*

REGRESS FÄLLT – AUCH BEI DER SOZIALHILFE

Durchbruch bei sozial

Seit ihrem Wiedereinzug in den Landtag 2005 drängte die KPÖ darauf, die Rückzahlungspflicht nahe Verwandte für empfangene Hilfe (Regress) sowohl bei der Pflege als auch bei der Sozialhilfe abzuschaffen. Jetzt fällt sie endlich.

Bisher war es einmal in Not geratenen Menschen kaum möglich, einen Ausweg aus der Misere zu finden.

Angst vor Antrag

Es gab zwar den Anspruch auf staatliche Unterstützung

in Form der Sozialhilfe, doch in den meisten Fällen schlug die Regress-Keule voll zu (siehe Beispiel Kasten): Die empfangenen Leistungen mussten zurückgezahlt werden, entweder von den Empfängern selbst, wenn sie wieder zu

einem geregelten Einkommen gelangten, oder von ihren Angehörigen (Eltern, Kinder...). Daher getrauten sich viele nicht, überhaupt einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen, um ihren Lieben nicht zur Last zu fallen. Mit der Abschaffung

Licht am Ende des Tunnels: Die Abschaffung des Regresses (Rückzahlungspflicht) erleichtert den Zugang zur Hilfe. Bleibt zu hoffen, dass eine bundesweite „Grundversicherung“ nicht neue Hürden errichtet.



SCHULEN ALS WERBEFLÄCHE

Sackgasse Schulautonomie

Mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, eine bessere Nutzung der Interessen und Fertigkeiten vor Ort und vieles mehr sollte sie bewirken, die seit Jahren vielbesungene Schulautonomie.

Neben einem verbissenen Wettstreit der Schulen untereinander (Medienpräsenz) erleben wir derzeit zweierlei: Durch die knappen Mittel vom Unterrichtsministerium darf nun jede Schule ihre Mängel selbst verwalten – notwendiges Unterrichtsmaterial auf Kosten von Instandsetzungen und Reinigungsmitteln, oder umgekehrt? Gruppenteilung am Vormittag oder zusätzlicher Freigegegenstand am Nachmittag?

Die gesunde Jause am Buffet kann leider weniger zum Schulbudget beisteuern als der Cola-Automat, über dessen Aufstellungsgebühr sich Schulleiter zwar freuen, dessen gesundheitlicher

Aspekt Eltern jedoch zu denken gibt.

Banken, EDV-Firmen und Süßwarenhersteller sind heute gefragte Sponsoren in der Schule – vor einigen Jahren noch undenkbar! Wie weit

greifen diese Unternehmen auch schon in Unterrichtsinhalte ein?

Außerdem bekommt nun der Schulleiter ein entscheidendes Wort bei der Auswahl der Lehrer. Fast allen Direktoren in Österreich wird ein Nahverhältnis zu einer der beiden Großparteien nachgesagt.

Wer wird aber nun garantieren, dass junge Pädagog/inn/en auch dann ins „Schulprofil“ passen können, wenn sie NICHT das Beitrittsformular zu jener Partei unterschreiben, der auch der Schulleiter nahesteht?



Gefährlicher Trend an Schulen: knappe Gelder, Abhängigkeit von Sponsoren.



Mag. Andreas Fabisch, KPÖ-Vertreter im Landesschulrat

Schwächsten

der Rückzahlungspflicht ist diese Sorge jetzt unbegründet. Der Sozialhilferegress wird nämlich nicht nur im Pflegebereich, sondern generell, also auch für die so genannte „offene Sozialhilfe“, abgeschafft. Damit werden tausende betroffene Steirerinnen und Steirer und deren Angehörige entlastet.

Der Vorstoß zur Abschaffung des Pflegeregresses konnte auf Antrag von KPÖ-Sozialsprecherin LAbg. Claudia Klimt-Weithaler in diesem Sinne erweitert werden. Die SPÖ, die ursprünglich nur den Pflegebereich vom Regress ausnehmen wollte, schwenkte nach zähen Verhandlungen schließlich auf den KPÖ-Kurs ein.

TRAURIGER FALL

Frau Muster ist 38 und arbeitslos. Auf dem Arbeitsmarkt hat sie aufgrund gesundheitlicher Probleme kaum Chancen. Sie bezieht eine Notstandshilfe in der Höhe von 253,80 Euro, das sind etwas mehr als acht Euro pro Tag. Frau Muster hat ein paar Monate lang Sozialhilfe bekommen, rund 400 Euro pro Monat. Die Bezirkshauptmannschaft hat sich sofort an Frau Musters Vater, der selbst kein hohes Einkommen hat, gewandt und diesen zum Rückersatz für seine Tochter aufgefordert. Der Vater sagt daraufhin seiner Tochter, sie solle ihm nicht auf der Tasche liegen. Frau Muster zieht daher ihren Antrag auf Sozialhilfe zurück. Um ihren Vater nicht zu belasten, bezahlt sie monatlich für die bezogene Hilfe eine Rate von 10 Euro an die Bezirkshauptmannschaft zurück. Weil sie davon nicht leben kann, ist sie zu ihrem gewalttätigen Ex-Partner zurückgezogen.

VERWANDTE WERDEN ZU KASSE GEBETEN

Während meiner langjährigen Tätigkeit als Sozialarbeiterin habe ich viele Menschen aus Stadt und Land beraten, betreut und begleitet, die zum großen Teil von materieller Armut bedroht sind. Dabei habe ich die Erfahrung gemacht, wie kontraproduktiv der Sozialhilferückersatz (Regress) für die Betroffenen und ihre Angehörigen ist. Ich freue mich sehr, dass endlich der Rückersatz in der „offenen Sozialhilfe“ fallen wird.



Karin Gruber, Sozialarbeiterin im Landtagsklub der KPÖ

Ich habe viele Menschen kennen gelernt, die mit ihrem Einkommen unter dem Sozialhilferichtsatz, also unter dem Existenzminimum sind. Viele von ihnen, vor allem jene, die Angehörige haben, lehnen den Bezug von Sozialhilfe ab, weil sie sich schämen, dass ihre Eltern oder Kinder von der Behörde erfahren, dass es ihnen finanziell schlecht geht und dass diese Angehörigen zum Rückersatz verpflichtet werden. Welche Mutter oder welches erwachsene Kind möchte schon, dass die eigenen Kindern bzw. die Eltern durch den Sozialhilferückersatz indirekt zum Lebensunterhalt beitragen müssen?

KOMMENTAR

Sozialhilfe: Rückzahlungspflicht abgeschafft!

Ein langer, zäher Kampf, der sich ausgezahlt hat!

Von LAbg. CLAUDIA KLIMT-WEITHALER



Wissen Sie, woran Sie erkennen können, dass wir uns im Wahlkampf befinden? Wenn wichtige Themen, die sozial Schwache Menschen betreffen, plötzlich auch bei der Steiermärkischen Landesregierung Gehör finden. Seit die KPÖ 2005 wieder in den Landtag eingezogen ist, haben wir für die Abschaffung der Rückzahlungspflicht bei der Sozialhilfe gekämpft. Diese so genannte „Regresspflicht“ trifft nämlich nicht nur die SozialhilfeempfängerInnen selbst, sondern auch deren Angehörige. D.h. wenn jemand, der Sozialhilfe empfangen hat, nicht zurückzahlen kann, werden Eltern bzw. Kinder dazu herangezogen. Diese Regelung hat viele Menschen davon abgehalten, darum anzusuchen, obwohl es ihnen zugestanden wäre.

Jede/r von uns kann einmal in eine Notlage geraten und auf Sozialhilfe angewiesen sein. Sei es durch Jobverlust, Krankheit oder Unfall. In einer solchen Situation ist die Sozialhilfe eine

finanzielle Leistung, die die Existenz absichert. Bisher hieß es bei allen unseren Anträgen, die die Abschaffung der Rückzahlungspflicht forderten, von SPÖ und ÖVP: „Das können wir uns nicht leisten!“ Doch siehe da, im letzten Sozialausschuss sollte der Pflegeregress abgeschafft werden und es herrschte Einstimmigkeit. Die KPÖ ließ sich aber nicht davon abbringen, erneut auch die Abschaffung der Regresspflicht in der offenen Sozialhilfe einzufordern – diesmal mit Erfolg!

Damit wird jenen Menschen geholfen, die sich selbst nicht helfen können. Die KPÖ hat damit einen großen Durchbruch für tausende Steirer und Steirerinnen und deren Angehörige erzielen können. Ein harter, zäher Kampf, der sich ausgezahlt hat. Wir werden auch weiterhin unserem Motto „Auf keinen Menschen vergessen!“ treu bleiben, nicht nur im Wahlkampf – darauf kann man sich verlassen!

Allerhand

Landestankstellen öffnen

2006 beschloss der Landtag, die billigeren Landestankstellen auch für Private zu öffnen. Dafür machte sich die KPÖ stark. Seither weigert sich die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) standhaft, diesen Beschluss umzusetzen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Sie soll aufhören, mit scheinjuristischen Argumenten die dringend notwendige Öffnung der Landestankstellen zu verhindern. Offenbar steckt sie mit der Mineralölwirtschaft unter einer Decke.“

Gratkorn: Aufzugswerk wird zugesperrt

Die Gewerkschaft ist im Sozialpartnerschlaf. Vor den Augen der Politiker wird die Schließung des Thyssen-Krupp-Aufzugswerkes in Gratkorn durchgezogen. Die Beschäftigtenzahl hat sich bereits um 50 vermindert. Bis Jahresende will man die Liquidierung des Betriebes vorfristig beendet haben. Ein gewinnbringendes Werk wird zugesperrt. Manfred Eber, Spitzenkandidat der steirischen KPÖ bei der Nationalratswahl, protestierte.

RECHNUNGSHOF ZEIGT AUF: ES HAT SICH NICHTS GEÄNDERT

Millionen für Familie Herberstein

Eine fette Pacht, gewaltige Ablösen und 25 Prozent vom Kartenerlös gibt's künftig für die Herbersteins.

Mit 1. Oktober 2006 hat das Land Steiermark einen Schlussstrich unter das Herbersteindebakel gezogen. Es wurde eine landeseigene Tierpark GesmbH gegründet, die den Tierpark von der Familie Herberstein zunächst für 20 Jahre pachtet. Als Pachtzins

zahlte das Land an die Familie Herberstein 1,850 Millionen Euro – im Voraus! Mit diesen 1,85 Millionen ist es allerdings bei weitem nicht getan: Das brachte jüngst ein Rechnungshofbericht ans Tageslicht.

Insgesamt belaufen sich allein die durch den Pachtvertrag unmittelbar anfallenden Gesamtkosten für das Land Steiermark auf knapp 3,9 Millionen Euro. Weitere 3,6 Millionen Euro wurden vom Land für Übernahmen, Grundstückserwerb und Fortführungskosten bezahlt. Bereits im Dezember 2005 musste, um den Bestand des Tierparks zu sichern, an die im Besitz der Herbersteins befindliche Herberstein OHG eine Überbrückungshilfe von 450.000 Euro bezahlt werden. Alles in allem ein teures Geschäft. Einen Gewinner gibt es dabei in jedem Fall: die „gräfliche“ Familie. Sie

freut sich nicht nur über eine fette Pacht und über gewaltige Ablösen. Die Herbersteins kassieren außerdem noch von den Karteneinnahmen 25 Prozent. Gleichzeitig ist jedoch das Land Steiermark allein für die Bewerbung des Tierparks zuständig.

Kniefall vorm „Grafen“

Statt nach dem Herbersteindebakel einen endgültigen Schlussstrich zu ziehen und den Tierpark zu kaufen, bleibt das Land mit den Herbersteins weiter in einer engen Geschäftsbeziehung. Deshalb hat die KPÖ im Landtag diesem Pachtvertrag die Zustimmung verweigert. KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg: „Damals hat Waltraud Klasnic vor Andrea Herberstein die sprichwörtlichen Hosen hinuntergelassen. Heute zeigt sich Franz Voves gegenüber Max Herberstein in Gönnerlaune.“ Die KPÖ ist immer für einen Kauf des Tierparks

durch das Land eingetreten, um unter die Zusammenarbeit mit den Herbersteins einen sauberen Schlussstrich ziehen zu können. Sie kritisiert, dass in dem neuen Pachtvertrag ausdrücklich darauf verzichtet wurde, in Zukunft zivilrechtliche Rückforderungen an die Familie Herberstein zu stellen, um wenigstens die eine Million Euro der berichtigten Ferialverfügung zurückzubekommen.

KPÖ LAbg. Werner Murgg: „Das alles ist der steirischen Bevölkerung nur schwer zumutbar! Wie kann man mit einer Familie weiterhin in einer Geschäftsbeziehung stehen, die mit nicht unbeträchtlichen Landesmitteln auf sehr großem Fuß gelebt hat?“

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder email: volksstimme@kpoe-steiermark.at



EINKAUFSZENTRUM GRAZER RATHAUS?

Seit Anfang des Jahres regiert in Graz eine schwarz-grüne Koalition. Das animiert den Grazer Bürgermeister zu nie dagewesener Selbstherrlichkeit.

Am Bahnhofgürtel will der OTTO-Handelskonzern eine neue Shopping-City errichten, mit vielen Vergünstigungen durch die Stadt Graz. Jetzt sollen auch noch Teile des Rathauses an Handelskonzern vermietet werden, etwa an C&A. Die Grazer KPÖ mit Elke Kahr wehrt sich dagegen: „Es kann doch nicht sein, dass Einrichtungen wie das Heimatwerk wegen hoher Mieten ausziehen müssen, die ohnehin finanzschwache Stadt aber international tätigen Handelskonzernen ein Einkaufszentrum im Rathaus zu günstigsten Bedingungen zur Verfügung stellt.“



Gartenanlage Herberstein: Das und vieles andere wurde mit öffentlichen Mitteln errichtet.



Ungerecht: Gratis in den Kindergarten erst ab drei.

WARUM NICHT FÜR ALLE KINDER? Kindergarten auch für Kleinste gratis!

Die KPÖ drängt darauf, dass auch Unter-Dreijährige kostenlos betreut werden.

Am 2. September hat der Landtag die kostenlose Kinderbetreuung im ganzen Bundesland abgesegnet. Damit wird eine langjährige Forderung der KPÖ erfüllt. Allerdings sind die Maßnahmen aus Sicht der KPÖ unvollständig, weil sie nur die Gruppe der Über-Dreijährigen umfassen, so KPÖ-LABg. Claudia Klimt-Weithaler.

Die KPÖ wird deshalb weiter darauf drängen, auch die Unter-Dreijährigen einzubeziehen. Die vielbeschworene Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Vermittlung von umfassenden Basiskompetenzen – vor allem in der frühen sprachlichen Förderung – sollte als Vorbereitung für den Schulbesuch auch in dieser Altersgruppe möglich sein.

Dazu brauche man mehr

Kinderbetreuungsplätze für Kinder im Alter von null bis drei Jahren, betont Klimt-Weithaler. Berufstätige Eltern, darunter vor allem Alleinerzieherinnen, benötigen Betreuungsangebote für Kinder im Kleinkindalter, um ihnen die Bewältigung des Alltags zu erleichtern.

Die Einbindung der Kinderkrippen würde nach Auskunft der Beamten der zuständigen Fachabteilung im Vergleich zu den Gesamtkosten nur geringe Mehrkosten verursachen. Claudia Klimt-Weithaler: „In Frankreich und Finnland gibt es einen gesetzlich garantierten Anspruch auf Kindertagesbetreuung. Dadurch ist es dort gelungen, die Geburtenraten zu erhöhen und gleichzeitig die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu verringern. Derzeit stagniert das Angebot in Kinderkrippen in der Steiermark bei 1000 Betreuungsplätzen, damit können wir uns nicht begnügen.“

KPÖ HANDELT, WÄHREND ANDERE NUR REDEN Stadt Graz macht Mieterhöhung nicht mit

Die Stadt Graz verzichtet auf die mit 1. Oktober mögliche Erhöhung der Mieten bei Gemeindewohnungen. Ziehen private Vermieter jetzt mit?

Die Stadt Graz setzt ein Zeichen gegen die Teuerung. Der Stadtsenat beschloss anfang September einstimmig auf Antrag von Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ), bei den Gemeindewohnungen auf die mit 1. Oktober fällige Erhöhung

dem steirischen Richtwert liegt und dass durch das von der KPÖ ins Leben gerufene Mietzinszahlungsmodell sichergestellt ist, dass in den Gemeindewohnungen niemand mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für die Wohnungskosten aufwenden muss.

Die KPÖ-Politikerin: „Leider hat die Politik auf Bundesebene

„Die Stadt Graz hat mit dem Verzicht auf Mieterhöhung ein Zeichen gegen die Teuerung gesetzt. Wir hoffen nun, dass Bauträger und private Vermieter mitziehen und ebenfalls nicht erhöhen!“

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr

ne es verabsäumt, wirksame Barrieren gegen die Mietpreisexlosion zu schaffen. Die Erhöhung der Richtwertmieten kommt der Bauer

der Mieten um 5,7 Prozent zu verzichten.

Elke Kahr: „Damit versuchen wir, im eigenen Bereich eine Maßnahme gegen den Preisauftrieb zu setzen.“

Die KPÖ-Stadträtin wies darauf hin, dass darüber hinaus das Wohnungsamt der Stadt Graz bei den Richtwertmieten für die Gemeindewohnungen um 40 Prozent unter

lobby zugute und bringt den Vermietern immer höhere Gewinne, während immer mehr MieterInnen bis zu 80 % ihres Einkommens fürs Wohnen ausgeben. Was die KPÖ in Graz erreicht hat, sollte bundesweit möglich sein, vorausgesetzt, die regierenden Parteien würden sich für die Sorgen und Nöte der kleinen Leute interessieren.“



Zeichen gegen Teuerung: Die Mieten in den Grazer Gemeindewohnungen werden nicht erhöht!



AUTOMATENHERSTELLER VERDIENEN UNSUMMEN

Spielsucht am Automaten

Wieder eine Jubelmeldung des Glücksspiel- und Automaten-Konzerns: Die Novomatic AG konnte ihren Umsatz im ersten Halbjahr 2008 um 40 Prozent steigern. Die Verlierer – einst umworben – kämpfen meist um ihre Existenz.

Studien belegen: Je größer die wirtschaftliche Unsicherheit, desto mehr Menschen verfallen dem Glücksspiel. Zwei Milliarden haben die Österreicher allein im Vorjahr verspielt. Wer gewinnt, sind die Betreiber.

Besonders berühmt-berüchtigt ist in Österreich der Automatenhersteller und Betreiber der Admiral-Wettcafé-Kette Novomatic. Allein heuer im ersten Halbjahr konnte die Novomatic-AG ihren Umsatz auf unvorstellbare 625 Millionen Euro ausweiten. Das operative Ergebnis erlebte mit 186,4 Millionen Euro gar eine Steigerung von 86 Prozent! Doch die Möglichkeiten der Abzocke sieht man beim Kon-

zern noch nicht ausgeschöpft: Deshalb leistet er sich an seinem Sitz in Gumpoldskirchen eine Zentrale für „Forschung und Entwicklung“ um sage und schreibe 90 Millionen Euro.

„Jobmotor“ auf Kosten der Spielsüchtigen

Der Konzern rühmt sich mit der Aussage, er habe seinen Ruf als „Jobmotor“ bestätigen können, allein in Österreich habe seit Jahresbeginn der Beschäftigtenstand um 200 auf 2.300 zugenommen (Quelle: APA).

Die Finanziere dieses „Wirtschaftswunders“ sind längst ausgemacht. Es handelt sich um Spielsüchtige im In- und

Ausland, die – einmal geködert – ihre und oft auch die Existenz ganzer Familien aufs Spiel setzen.

Unvorstellbare Summen

Rund 115 Milliarden Euro pro Jahr werden laut World Lottery Association europaweit im Glücksspiel jährlich umgesetzt, was in etwa der Hälfte des österreichischen Bruttoinlandsproduktes entspricht.

In Österreich ist in der Steiermark die Automatendichte mit 4.700 Geräten bundesweit am größten. Mit ein Grund: die niedrigen Abgaben der Betreiber in unserem Bundesland.

Die Regelungen zum „Kleinen Glücksspiel“ (Höchsteinsatz von 50 Cent, maximaler Gewinn von 20 Euro pro Spiel) werden von Betreibern bewusst ignoriert. Spitzenpolitiker von ÖVP und SPÖ haben

keine Eile, diesem Missstand zu begegnen.

Die KPÖ wird ihren Kampf gegen diese Missstände aber nicht aufgeben. Sie fordert klare gesetzliche Auflagen für Glücksspiele, strenge Kontrollen, eine massive Besteuerung von Geldspielautomaten sowie eine Standortabgabe für Lokale. Denn das Glücksspiel ist nur für die Betreiber ein Gewinn!



Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger setzt sich im steirischen Landtag besonders für Maßnahmen gegen die Spielsucht ein. „Gegen das gute alte Lotto oder Toto der österreichischen Lotterien haben wir nichts einzuwenden. Aber die hemmungslose private Glücksspielindustrie zerstört zu viele Existenzen, als dass man zuschauen und schweigen könnte. Das ist Profitmacherei in ihrer erbarmungslosesten Form!“

Informieren Sie sich im Internet unter:
<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at>



Die Arbeiterpartei

von Karl Russheim



Diesmal kandidieren 10 Parteien. Es gibt darunter aber nur eine Arbeiterpartei. Das ist die

KPÖ. Alle anderen sind nur für das Großbürgertum, für die Reichen und für die multinationalen Konzerne da.

Auf der Liste der KPÖ sind einige Betriebsräte und Arbeiterfunktionäre. Gleich wichtig ist aber auch, wofür wir stehen: Wir setzen uns für die Menschen ein, denen es nicht so gut geht.

Viele Pensionisten können sich noch gut daran erinnern, wie viel wir damals im Hüttenwerk Donawitz erreicht haben. Urlaubsgeld, Nacht-, Schicht- und Schwerarbeitergesetz und weitere Verbesserungen sind von der KPÖ ausgegangen.

Gerade heute brauchen wir eine Arbeiterpartei: Auf allen Ebenen, in den Gemeinden, im Landtag und auch in ganz Österreich.

Karl Russheim war Betriebsrat im Hüttenwerk Leoben-Donawitz und langjähriger Gewerkschaftsfunktionär

**Rückzug aus der EU!
Österreich muss unabhängig bleiben!**

Neutralitätsfeiertag 2008

Festveranstaltung der steirischen KPÖ
Gleisdorf-Ludersdorf/AMBIO-bt-center
So. 26. Oktober 2008
Ludersdorf 205 - 8200 Gleisdorf
10.00 Uhr Begrüßung Edi Giesen
Festansprache: LAbg. Ernest Kaltenegger
Kulturprogramm mit Martin Krusche und anderen gemütliches Beisammensein mit herbstlichen Spezialitäten orig. steir. Heckenklescher)

Es geht darum, was wir wirklich brauchen!

Kandidatinnen und Kandidaten der KPÖ in den steirischen Wahlkreisen bei der Nationalratswahl am 28. September (Die ersten beiden der jeweiligen Wahlkreise): Menschen, die sich schon jetzt als Betriebs- und Gemeinderäte für ein soziales Österreich einsetzen.

Wahlkreis 6A, Graz



Manfred Eber, Betriebsrat



DI Margitta Kaltenegger, Betriebsrätin



Christian Sikora, Gemeinderat Graz, Personalvertreter bei der Justizwache



Mag. Ulrike Taberhofer, Gemeinderätin, Lehrerin

Wahlkreis 6B, Mitte – Graz-Umg., Voitsbg.



Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete



DI Klaus Pibernig, Pensionist

Wahlkreis 6C, Süd – Deutschlbg., Leibn.



Herbert Wippel, Gemeinderat



Sigrun Chimenti, arbeitslos

Wahlkreis 6D, Süd-Ost – Feldbach, FF, RA



Hanno Wisiak, Student/inn/envertreter



Andreas Fabisch, Gemeinderat

Wahlkreis 6E, Ost – Weiz, Hartberg



Wolfgang Feigl, Gemeinderat



Edi Giesen, ÖBB-Pensionist

Wahlkreis 6F, Nord – Mürzzuschlag, Bruck



Clemens Perteneder, Sozialarbeiter



Rosamaria Zink, Gemeinderätin

Wahlkreis 6H, West – KF, JU, MU



Christine Erschbaumer, Gemeinderätin



Andreas Fuchs, Schriftsetzer

Wahlkreis 6G, Nord-Ost – Leoben, Liezen



Gabi Leitenbauer, Gemeinderätin



Karl Mlinar, Gemeinderat



Karl Fluch, Gemeinderat

Liste 6



Die Parteien haben nichts zusammengebracht. Trotzdem wollen sie unsere Stimmen. Wir lassen uns nicht für blöd verkaufen. Es geht darum, was die Leute wirklich brauchen. – Diesmal KPÖ !

INTERVIEW



Die Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler kandidiert bei den Nationalratswahlen an zweiter Stelle in der KPÖ-Steiermark-Liste.

Volksstimme: Warum haben Sie sich für die Kandidatur für die KPÖ zu den Nationalratswahlen entschlossen?

Klimt-Weithaler: Weil ich die KPÖ für die einzige glaubhafte Alternative halte, wenn sich in Österreich für Menschen, die sozial schlechter gestellt sind, wirklich etwas verändern soll.

Volksstimme: Welche Schwerpunkte würden Sie in Ihrer Arbeit setzen?

Klimt-Weithaler: Aufgrund meiner Ausbildung und speziellen Erfahrung auf dem Gebiet würde ich meine Arbeit auf die Kinder- und Jugendpolitik sowie auf Frauenanliegen konzentrieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein wichtiges Ziel: Die Umsetzung dieser Forderung hat für mich die oberste Priorität. Wir fordern aber auch verpflichtende Frauenquoten in Führungsetagen. In anderen Ländern (wie z.B. Finnland) sind solche Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit gegenüber Frauen längst Realität.

Claudia Klimt-Weithaler, geboren 1971 in Fohnsdorf, Kindergartenpädagogin, verheiratet, Mutter von zwei Töchtern (10 und 7 Jahre). Sie leitet eine Kinderbetreuungseinrichtung in Graz und ist Landtagsabgeordnete der KPÖ.

Sie ist unter Tel. (0316) 877-5104 oder claudia.klimt@kpoe-steiermark.at erreichbar.

INFLATION –AUCH BEI WAHLVERSPRECHUNGEN Darfs ein bisserl mehr sein?

Sie werden alles für uns tun – wir brauchen sie nur noch zu wählen, lautet die Botschaft der großen Parteien. So viel versprochen wurde uns in Österreich schon lang nicht mehr...

Im Wahlkampf 2006 versprach die SPÖ die Studiengebühren abzuschaffen und keine Eurofighter ins Land zu lassen. Dafür wurde sie gewählt. Leider umsonst, wie



Wichtig wären ein Privatisierungsstopp und der Schutz des öffentlichen Eigentums. Grundversorgung, Bildung, Energie, ÖBB, Post und Gesundheitswesen gehören in öffentliche Hand.
Wer verkauft, ist schon verkauft. Diesmal KPÖ!

die moderne Geschichtsschreibung lehrt. Trotzdem begrüßt die SPÖ die Besucherinnen und Besucher ihrer Homepage mit dem Slogan: „Sozial. Entschlossen. Zuverlässig“. Das ist mutig.

Die ÖVP verspricht die „13. Familienbeihilfe – jeden September“. Allerdings hat sie trotz ununterbrochener Regierungsverantwortung seit dem Jahr 2000 keine Inflationsanpassung der Familienbeihilfe vorgenommen. Dann wäre Familienbeihilfe dann nämlich bereits heute um rund 10 Prozent höher sein als mit ihrer 13maligen Auszahlung! Interessant auch die Forderung nach Deutschkursen für Ausländer: Dann braucht man im Tourismus keine Fremdsprachen mehr für die italienischen und russischen Gäste zu lernen?

Während die Grünen im Wahlkampf ihre neue Liebe zu Schwarz-Grünen Koalitionen

vergessen machen wollen tritt die Rechte gleich dreifach gespalten und zerstritten an: Das Original, der Hassprediger und die Versöhnungstante.

Die einen schwören den Bau von Moscheen zu unterbinden. Das hindert sie aber nicht daran Gebäude wie das unten abgebildete in Kärnten Gebiet zu lassen.



Die anderen treffen sich mit der russischen Regierungspartei: „Morozov zeigte sich erfreut über den Einsatz Straches für die offizielle Anerkennung einer Diözese der russisch-orthodoxen und der serbisch-orthodoxen Kirche in Österreich.“ (Quelle APA-OTS 9/11/08).

Löhne anheben oder einfrieren? Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!



Viel Arbeit um wenig Lohn?
Die Reallöhne sinken. Im Vorjahr sind sie auf das Niveau von 1992 zurückgefallen. Immer mehr Menschen rutschen trotz Vollzeitarbeit unter die Armutsgrenze. Sie stöhnen unter einer Inflationsrate von zuletzt fast vier Prozent. Die Herbstlohnrunde lässt schwierige Verhandlungen erwarten.

Umfrage zur Herbstlohnrunde

Verlost werden T-Shirts und andere Sachpreise.

Sollen die Löhne erhöht, nur an die Geldentwertung angepasst oder eingefroren werden? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Die Leute sollen auf höhere Löhne verzichten, um der Wirtschaft zu helfen.
- 2.) Die Löhne sollten entsprechend der Teuerungsrate angepasst werden.
- 3.) Die Beschäftigten sollten endlich wieder eine echte Lohnerhöhung bekommen.

Weitere Vorschläge:

.....

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) _____



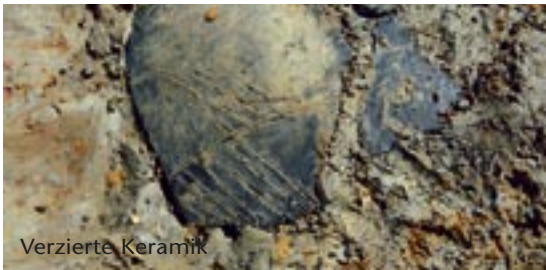
An die
**Steirische
Volksstimme**

c/o KPÖ-Landtagsklub
Herrengasse 16/3
8010 Graz Fax:

Fax: 0316 / 877-5108



Grabungsleiter Herbert Kern vor einem 4500 Jahre alten Brunnen



Verzierte Keramik



Millimeter für Millimeter wird der Boden freigelegt.

ARCHÄOLOGIE AN DER KORALMBAHN

Einzigartige Funde

Die archäologischen Grabungen entlang der Trasse der Koralmbahn bringen Licht in ein wenig bekanntes Kapitel steirischer Geschichte.

Brütende Hitze liegt Anfang Juli über jenem brachen Streifen, der sich von Wildon durch Maisäcker in Richtung Deutschlandsberg zieht. Die Luft flimmert, der erdige Boden zeigt Sprünge, die jeder Wüste zur Ehre gereichen. Archäologen und Bauarbeiter auf der Trasse der Koralmbahn haben sich an Hitze und Staub gewöhnt. Mitten unter ihnen Herbert Kern, der Grabungsleiter, der barfuß über den heißen Boden marschiert, als wäre es ein weicher Rasen. „Das ist für mich am bequemsten. Außerdem mache ich keine Fundstücke kaputt, wenn ich draufsteige“, sagt der Archäologe. Zum Draufsteigen gibt es viel.

Denn die archäologischen

Notgrabungen entlang der Trasse der Koralmbahn bringen so manchen bahnbrechenden Fund zu Tage. Allen voran der älteste eingefasste bronzezeitliche Brunnen, der in Europa entdeckt wurde.

Schon seit 1995 wird das Gelände überprüft, auf dem in wenigen Jahren Hochgeschwindigkeitszüge unterwegs sein werden. „Wir haben befürchtet, eine römische Villa mit Wandmalereien und Mosaiken zu finden“, so Herbert Kern. Befürchtet, weil eine derartige Villa die Ausmaße eines kleinen Schlosses haben kann und die Auswertung mit einem schnellen Bahnbau kollidieren würde.

Wie eine Zwiebel schälen die Archäologen die Erde, ziehen Schicht für Schicht ab und suchen nach verborgenen Geheimnissen. Zuerst hilft noch ein Bagger mit. „Unsere Baggerfahrer sind sehr gut, haben viel Gefühl für die Erde und für die feine Arbeit, die hier wichtig

ist“, erklärt der Grabungsleiter. Taucht ein Fund auf, bekommt er eine Objekt Nummer und wird vermessen, fotografiert und geborgen. Dabei werden die Profiarchäologen von Laien unterstützt, die ihre Aufgabe hervorragend erfüllen.

Das Ergebnis der Ausgrabungen ist ein Querschnitt durch das Leben im Laßnitztal vor rund 4500 Jahren. Kern: „Das ist eine Zeit, aus der in der Steiermark noch nicht viel bekannt ist.“ Der Höhepunkt für die Grabenden ist ein Brunnen mit Holzeinfassung aus besagter Epoche. „Das gibt es bisher in Europa noch nicht“, freut sich Herbert Kern. Zwei Meter war der Brunnen zu Betriebszeiten tief, gefüllt war er mit Quellwasser. Neben dem Brunnen fand man verzierte Keramik, „wunderschön gefertigt, auch ohne Töpferscheibe“, so Herbert Kern, was das hohe handwerkliche Geschick unserer Vorfahren belegt.

Benutzt wurde das alles von

den 5000 bis 6000 Bewohnern einer für damalige Verhältnisse großen Siedlung. Die Menschen lebten in Langhäusern aus Holz, betrieben Land- und Viehwirtschaft (mit Kühen und Schweinen, Hühner gibt es erst 500 Jahre später). Die Archäologen finden keine Palisaden, nur Zäune, alles Zeugnisse einer friedlichen Zeit. Erst später zog man sich vor Eindringlingen auf die umliegenden Hügel hinter Befestigungen zurück. Die Siedlung verfiel, wurde überwachsen und vergessen; bis sie nun – anlässlich des Bahnbaues wieder zum Vorschein kam.

Und die römische Villa? „Wir wollen schon nichts mehr finden, weil wir nicht wissen, wie das alles aufgearbeitet werden soll“, stöhnt der Grabungsleiter. Aber im nächsten Moment blitzen seine Augen wieder, wenn er über die Mosaiktechniken und Wandmalereien der Römer erzählt. Die Chance, das zu finden, lebt.

SCHI-WM: SCHLADMINGS VERWANDLUNG

Kein Stein bleibt auf dem anderen

Vom Bundespräsidenten abwärts wurde gratuliert, als Schladming im Mai den Zuschlag für die alpinen Ski-Weltmeisterschaften 2013 erhielt. Eines ist klar: In den nächsten Jahren wird in dem obersteirischen Wintersport-Mekka kein Stein auf dem anderen bleiben. Weniger klar ist, ob die Millionen wirklich mit Weitblick investiert werden.

Die Bauwirtschaft darf sich angesichts der Liste an Bauvorhaben, die bis zum Startschuss für die alpinen Ski-Weltmeisterschaften 2013 verwirklicht werden sollen, die Hände reiben. Geplant sind unter anderem: der Bau eines neuen Sportzentrums für die diversen WM-Feierlichkeiten sowie eines neuen Zielstadions; der Neubau der Dachstein-Tauern-Halle; die Erarbeitung einer neuen Verkehrslösung, um die Besucherströme zum und vom – dann neuen – Planaistadion, in dem das Ziel der einzelnen Bewerbe liegt, in den Griff zu bekommen.

Der gewünschte Planaistadion steht wegen Kosten von rund 60 Millionen Euro allerdings noch in den Sternen. Er wäre nur mit kräftiger Beteiligung des Bundes zu finanzieren.

Begüterte Gäste im Blickpunkt

Ein Blick auf die Liste der im Planungsstadium oder in Bau befindlichen Hotels zeigt, wohin die Reise Schladmings geht: Für gehobene Drei-Stern- und Vier-Stern-Hotels laufen die Planungen auf Hochtouren. Der anspruchsvolle Gast, der während des Winterurlaubes nicht auf den Cent zu schauen braucht, ist das Zielpublikum der Bettenaufstockung in der Region.

Schließlich haben in den letzten Jahren die russischen Gäste vorgezeigt, dass sie – zumindest was das Geldausge-

ben betrifft – mittlerweile die „besseren Deutschen“ sind. Das darf man der örtlichen Tourismuswirtschaft nicht zum Vorwurf machen. Eine Frage freilich stellt sich aber: Was, wenn die internationale Karawane weiterzieht und andere Zielgebiete entdeckt? Was, wenn der Neureichtum so schnell wieder verschwindet, wie er gekommen ist?

WM-Mäntelchen als Rechtfertigung

Für durchschnittliche heimische Familienurlauber wird der Schiurlaub langsam aber sicher unerschwinglich. In Top-Schigebieten wie der Dachstein-Tauern-Region zuallererst. Und es ist zu befürchten, dass sich Schladming den Ruhm, neuerlich Austragungsort einer WM zu sein, von den Gästen teuer abkaufen lässt.

Teurere Liftkarten werden damit argumentiert werden,

dass man schließlich viel in die Infrastruktur investiert hat. Höheren Preisen in den Lokalen und Beherbergungsbetrieben wird vermutlich ebenfalls das WM-Mäntelchen umgehängt werden. Ski-Entertainment auf höchstem Niveau darf schließlich auch etwas kosten.

Dem könnte man entgegenhalten, dass ja niemand nach Schladming fahren muss. Stimmt. Sobald Steuermittel fließen – und das wird auch dann der Fall sein, wenn nur die Hälfte der im Zuge des Freudentaumels nach dem WM-Zuschlag von Kapstadt geäußerten Polit-Beteuerungen Wirklichkeit wird – müssen aber alle dafür zahlen.

Schi-WM auf aperen Hängen?

Bis zu 150 Millionen Euro sollen insgesamt in das Projekt „Schi-WM 2013“ investiert werden. Ein Teil der Projekte würde auch ohne Weltmeisterschaften verwirklicht; ein Teil davon erfüllt auch den – um es auf Neudeutsch zu sagen – Nachhaltigkeitsaspekt.

Was in der ganzen Euphorie aber (bewusst?) vergessen



Der Golden Jet, eine moderne Gondelbahnverbindung zwischen den zwei Skibergeen Hochwurzen und Planai, wurde vor zwei Jahren in Betrieb genommen. Die Errichtung erfolgte also schon vor dem WM-Zuschlag.

wird: Das Gros der Pisten in Schladming und Rohrmoos inklusive des klassischen Planaistadions liegt auf einer Meereshöhe, auf der in absehbarer Zukunft der Schnee dauerhaft in Regen übergehen wird. Schon jetzt ist der Schispaß nur unter Aufwendung gewaltiger Anstrengungen bei der künstlichen Beschneidung aufrechtzuerhalten. Trotz extrem frühen Starts der vergangenen Saison zog sich der Mangel an Naturschnee durch den Großteil des Winters. Und in den meisten Wintern davor bot sich ein ähnliches Bild.

Nun darf natürlich nicht an der Pistenpräparierungskompetenz der Schladminger gezweifelt werden – sie werden einen „tollen Schnee“ für die weltmeisterlichen Bewerbe zaubern. Die Frage ist, ob ein Teil des Geldes nicht besser in Projekten angelegt wäre, die auch ohne oder mit nur wenig Schnee die Massen nach Schladming zu ziehen geeignet sind. Eine Investition in die Zukunft also, die erst nach 2013 beginnt.



Hopsi, der Hase in der Bildmitte und Maskottchen der Ski-WM 1982 in Schladming-Rohrmoos, hat ausgedient.

ERFOLGREICHE ORTS-VERSCHÖNERUNGS-AKTION

Dem Rassismus keine Chance!

Die Bahnstufunterführung in Mitterdorf i.M. konnte dank einer Initiative der KJÖ-Gruppe Kapfenberg von Naziparolen befreit und mit grandiosen Graffiti verschönert werden. Mit dabei waren Kindergärten, Schulen und Nachwuchsgraffitikünstler.

Gemeinsam mit Kindergärten, Schulen und Nachwuchsgraffitikünstlern gelang es der KJÖ, in einer groß angelegten, mehrtägigen öffentlichen Aktion die Bahnstufunterführung in Mitterdorf im Mürztal von neonazistischen



Schmierereien zu befreien. Die Unterführung wurde neu ausgemalt und mit bunten Graffiti völlig neu gestaltet. Die einheimische Jugend konnte sich kreativ betätigen, dem Nachwuchs der Graffitikunst wurde eine unkommerzielle, legale Plattform geboten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. An so einem Beispiel erkennt man, wie wichtig alternative Jugendkultur ist. Und vor allem hat die KJÖ deutlich gemacht: kein Fuß breit den Faschisten!



VANDALISMUS IM FRANZ-BAIR-HEIM DER KPÖ KAPFENBERG

Politisch motivierte Gewalt

In der Nacht von 21. auf 22. Juli wurde in das Kapfenberger Franz Bair Heim der KPÖ eingebrochen. Die Schäden und Schmierereien wiesen auf einen rechtsextremen Vandalenakt hin.

Die Täter drangen durch Einschlagen eines Fensters in das ebenerdig gelegene Gebäude in der Kapfenberger Feldgasse 8 ein. Weitere Glasscheiben wurden zerschlagen. Das KPÖ Büro samt Computer sowie der Veranstaltungsraum wurden verwüstet und mit rechtsextremen Schmierereien beschädigt. Auch Geld wurde gestohlen.

Der Schrecken hatte aber kein Ende: Weitere sechs Mal drangen die Täter ein, bevor sie von der Polizei ertappt werden konnten.

Der Sprecher der Kapfen-

berger KPÖ-Bezirksleitung, Clemens Perteneder, sagte dazu: „Wir geraten immer wieder in das Fadenkreuz von Neonazis, denen nicht verborgen bleibt, dass gerade die Kommunisten die entschiedensten Kämpfer gegen Rassismus, Faschismus und Krieg sind.“

Für gesellschaftliche Probleme, wie etwa die Arbeitslosigkeit, die der Kapitalismus mit sich bringt, macht man gerne Migranten zu Sündenböcken. Die KPÖ wendet sich gegen jede Form der Diskriminierung nach Herkunft,



Nationalität, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

AUSGERECHNET...

23.000 Kilometer gereist - um nur 1,49 Euro!

2 kg Äpfel aus Italien kosteten bei Lidl Ende August 2,79 Euro, 1 kg Äpfel aus Neuseeland war für 1,49 Euro zu haben. Somit war 1kg Äpfel aus Italien nur um rund 10 Cent billiger als 1 kg der weitgereisten Frucht aus Neuseeland, und das, obwohl Rom von der Steiermark etwa 1.000 km, Neuseeland hingegen rund 23.000 km entfernt liegt. Selbst, wenn die Äpfel aus Neuseeland gestohlen wären – was nicht anzunehmen ist – sind sie um den Preis von weniger als 1,50 Euro weiter gereist, als ein Durchschnittsösterreicher/eine Durchschnittsösterreicherin mit 15.000 km pro Jahr mit dem eigenen Auto zurücklegt.

Somit kostet der Transport von einem kg Äpfeln über eine Strecke von 23.000 Kilometern weniger als eine 1-Stunden-Karte für die Grazer Verkehrsbetriebe und nur wenig mehr als ein Liter Treibstoff an der Tankstelle, mit welchem man – bekanntermaßen – nicht weit kommt..

164,- Euro Mahnspesen

3,50 Euro kostet es, wenn man beim Grazer Stromlieferanten Energie Graz mit nur 5 Euro im Zahlungsverzug ist. Bei einem Rückstand von 150 Euro betragen die gestaffelten Mahngebühren 12 Euro (165 Schilling!). Hinzu kommt allerdings noch die „Allgemeine Bearbeitungsgebühr“, die scheinbar willkürlich auf die Mahngebühren aufgeschlagen wird. Da kann ein Mahnschreiben schon einmal 32 Euro (440 Schilling) an Spesen ausweisen.

Ein Grazer, der aufgrund einer Jahresabrechnung ins Strudeln gekommen war, hatte trotz regelmäßiger Rückzahlungen auf diese Weise im Laufe des heurigen Jahres 164 Euro an Mahnspesen und Gebühren angehäuft (bei einem Zahlungsrückstand von aktuell 177,07 Euro). Scheinbar ist Briefpapier gar noch teurer als Strom!

BETREU „BARES“ WOHNEN IN ST. VEIT AM VOGAU

Etikettenschwindel bei Seniorenwohnungen



Zwei Wohnanlagen verfügen über nur einen Lift. Benützen kann ihn nur, wer den weiten Umweg über eine Verbindungsbrücke nimmt. „Wer Gehprobleme hat, kann ja im Parterre einziehen“, sagt die zuständige Genossenschaft GWS.

Kanalgebühren-Vorschreibung trotz Inklusivmiete, zweieinhalb Kilometer zum Bus, ein Lift für zwei Wohnhäuser und eine „Betreuung“, die sich auf wöchentliche Ausflüge beschränkt. „Die Mieter werden im Vorfeld genau informiert“, so die GWS zum Projekt „betreubares Wohnen“.

Unter dem Titel „betreubares Wohnen“ warb die GWS im Vorjahr in St. Veit am Vogau um Mieter. Herr Sieber* fand das Angebot günstig und mietete sich für eine „Inklusivmiete“ von 343,- Euro in eine 44,61 m² große Wohnung der acht Einheiten umfassenden Wohnanlage ein.

Keine Hausreinigung

Tatsächlich stellte sich jedoch bald heraus, dass die

„Inklusivmiete“ weder Kanalgebühren noch die Hausreinigung umfasste, denn die Kanalgebühren wurden zwei Monate später von der Gemeinde gesondert vorgeschrieben, und Hausbesorgerdienste waren gleich gar keine vorgesehen.

2,5 Kilometer zum Bus

Im Prospekt wurde auch die Anbindung an den öffentlichen Verkehr nach Graz und

Leibnitz angepriesen. Nicht dabei stand allerdings, dass die Strecke bis zur Haltestelle des besagten Busses rund zweieinhalb Kilometer beträgt.

Für alle Wohnungsanwärter galt die Bedingung: Wer einziehen will, muss einen sogenannten „Betreuungsvertrag“ mit einer Betreuungsorganisation abschließen. 55 Euro kostet die Betreuung monatlich, und das zusätzlich zur „Inklusivmiete“. Zwei Betreuungsstunden pro Mieter/in und Monat bekommt man dafür. Doch wer an Betreuung und Pflege im engeren Sinn denkt, liegt hier falsch, denn: „Die Leistungen der Betreuung beschränken sich im wesentlichen auf Buschenschankbesuche und Kegel-Ausflüge“, weiß Herr Sieber.

445,- zahlt Herr Sieber jetzt statt der angekündigten 343,- Euro monatlich.

Betreubar ist nicht gleich betreut

Angrenzend an die bereits bestehende wurde jetzt eine neue Wohnanlage mit 10 Wohnungen errichtet, die demnächst bezogen werden

können. Um 370,- Euro „Inklusivmiete“.

Auf unsere Anfrage an die Wohnbauförderungsstelle des Landes, was denn der Unterschied zwischen „betreutem“ und „betreubarem Wohnen“ sei, erklärte Herr Ing. Winkelbauer „Für betreutes Wohnen gibt es genaue Auflagen, wie Mindestgrößen, behindertengerechte Ausstattung, Betreuungszimmer und Aufenthaltsraum. Betreubare Wohnungen sind ganz normale Mietwohnungen. Für sie gibt es keine gesonderten Richtlinien.“

Die GWS rechtfertigt sich damit, dass die Mieter vor Vertragsabschluss genau über alle Details informiert würden. Geeignet seien die Wohnungen jedenfalls nur für Personen bis Pflegestufe zwei. Etikettenschwindel also?

Eine positive Entwicklung in Sachen Nebenkosten zeichnet sich allerdings ab: „Sozialhilfverband und Gemeinde planen, die Betreuungskosten für die Bewohner/innen künftig zu übernehmen“, verspricht die GWS.

*) Name ist der Redaktion bekannt

EU: MEHR SCHWERVERKEHR, TEURE ÖFFIS

Unter dem Vorwand, den Klimawandel zu bekämpfen, schreibt eine EU-Richtlinie vom 8. August 2008 vor: „Die Kosten verkehrsbedingter Luftverschmutzung und Lärmbelastung (...), z.B. Gesundheitsausgaben und Aufwand für medizinische Versorgung, Ernte- und Produktionsausfälle sowie Wohlfahrtskosten, werden von der Bevölkerung im

Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats getragen, in dem die Verkehrsleistung in Anspruch genommen wird.“

Mit anderen Worten: Schmutz und Lärm darf im Namen des „freien Güterverkehrs“ unbegrenzt erzeugt werden, die Folgen und die Kosten hat die Bevölkerung des betroffenen Gebiets selbst zu tragen.

ÖSTERREICHISCHE UNTERNEHMEN

Verraten und verkauft

Seit Mitte der 80er-Jahre hat Österreich seine Unternehmen verkauft. Heute machen sie gutes Geld – nur der Staat hat nichts mehr davon. Wäre etwa die OMV noch im Staatsbesitz, könnte man den Sprit sofort billiger hergeben – und trotzdem noch Gewinn machen.

Verkaufen was geht.“ – Dieses Motto pflegte die ÖVP/FPÖ/BZÖ-Bundesregierung bis 2006 zur Genüge. Der Beginn der Verkaufssorgie der verstaatlichten Industrie fiel allerdings in eine Zeit der SPÖ-Dominanz. Den Anfang machte 1987 die OMV, von der zuerst 15 % abgegeben wurden. Zwei Jahre später folgten weitere 10 %. Bis 1996 schrumpft der Anteil der staatlichen ÖIAG an der OMV auf 35 %.

1992 beginnt der Ausverkauf der Voest Alpine und von Simmering Graz Pauker, 1993 gehen die späteren austria microsystems in Unterpremstätten an die Börse, 1995 startet der Verkauf von Böhler Uddeholm. Im selben Jahr geht die Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment AG an die Berndorf AG. 1997 wird Ex-SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch zum Salzbaron und übernimmt mit einer Bietergruppe die Österreichischen Salinen. Auch die Austria Tabak geht in diesem Jahr zu 49,5 % an die Börse. Ein Jahr später erfolgt der Startschuss zum Verkauf der Telekom.

Dick kommt es unter dem ÖVP-Kanzler Wolfgang Schüs-

sel. Die Österreichische Staatsdruckerei, das Dorotheum, die Print Media Austria, der Flughafen Wien, weitere Teile der Telekom und der Rest der Austria Tabak kommen unter den Hammer. 2004 wird der Erzberg verscherbelt, der Einfluss der ÖIAG bei der voestalpine endet 2005, im Mai 2006 kommen 49 % der Post an die Börse.

Derzeit hält die ÖIAG (und damit der Staat) noch 31,5 % an der OMV, 27,37 % an der Telekom, 51 % an der Post, 100 % an der ÖIAG-Bergbauholding (zu der die GKB gehört) und 42,75 % an den Austrian Airlines, für deren Verkauf die Verhandlungen bereits laufen.

Hätte es der Staat geschafft, seine Unternehmen wirtschaftlich zu erhalten und zu führen, könnte man sich heute über die satten Gewinne freuen, die alle einst verstaatlichten Unternehmen durchwegs machen. Und könnte diese wiederum in Wichtiges investieren, ins Sozialsystem, die Ausbildung, den Erhalt von Arbeitsplätzen. Doch stattdessen setzen unsere Volksvertreter alles daran, dass auch der Rest der staatlichen Betriebe dem Ausverkauf preisgegeben wird...

Die voestalpine: Einst Aushängeschild der staatlichen Industrie, heute ein Gewinn bringender Konzern. Leider hat der Staat nichts mehr davon.



voestalpine



Ein Grazer Paar wollte sein Gepäck mittels „Haus zu Haus“-Zustellung von Graz nach Wien bringen lassen. Doch dort kam es nie an.

Als Herr Friedl* und seine Lebensgefährtin eine Urlaubsreise in die USA mit Abflughafen Wien buchten, hielten die beiden den geeigneten Zeitpunkt für gekommen, um ein spezielles Service der ÖBB in Anspruch zu nehmen: die „Haus zu Haus“-Zustellung von Rail Cargo Austria.

Herr Friedl beauftragte Rail Cargo mit der Abholung der Gepäckstücke in Graz. Die Zustellung sollte drei Tage später, an einem Samstag,

an eine Wiener Adresse erfolgen, von wo aus die Reise angetreten werden sollte. Herr Friedl kontrollierte sicherheits halber die Auftragsdaten. Es fehlte die Hausnummer an der Abholadresse. Doch die Mitarbeiterin von Rail Cargo beruhigte ihn: Diese sei bereits im System gespeichert.

Abholadresse unbekannt

Es kam der vereinbarte Abholtag. Um 8.30 Uhr morgens klingelte das Telefon. Das Verteilerzentrum Graz Werndorf teilte mit, man könne die Koffer nicht abholen, da am Auftragsschein keine Hausnummer vermerkt sei! Die Panne wurde behoben, das Gepäck schließlich abgeholt.

auf Irrfahrt

STELLUNG ENDETE IM FIASKO



Vergeblicher Telefonrundruf

Am vereinbarten Zustelltag wartete man an der Wiener Adresse vergeblich auf die Zustellung der Gepäckstücke. Sie kamen weder zum vereinbarten Zeitpunkt, noch eine Stunde später, noch zwei Stunden später, an. Um halb elf Uhr wurden Herr Friedl und seine Partnerin langsam nervös. „Zuerst riefen wir bei der auf der Auftragsbestätigung angegebenen Telefonnummer an. Doch da antwortete nur ein Tonband, das darüber informierte, dass die Stelle nur montags bis freitags besetzt sei“, erzählt Herr Friedl.

Erfolglos blieben auch die Anrufe bei der Servicenummer der ÖBB sowie bei der

Beschwerdestelle. Nirgends konnte man über den möglichen Verbleib des Reisegepäcks Auskunft geben oder auch nur Ansprechpersonen benennen, die dies hätten tun können.

Viele Info-Stellen, keine Information

Bereits leicht in Panik befindlich, begab sich Herr Friedl auf den Wiener Südbahnhof. Wenn es sich um ein Service der Bahn handelte, so sein Gedankengang, müsste das Gepäck ja irgendwo am Bahnhof zu finden sein. Ein Irrtum, wie sich herausstellen sollte.

Am Südbahnhof suchte Herr Friedl den Informationsschalter auf. Die beiden anwesenden Mitarbeiter wussten ebenfalls keine Lösung. Vom Informati-

Die Zerstückelung des Unternehmens ÖBB in mehrere Unternehmensbereiche hat bisher vor allem eines gebracht: viel Verwirrung und höhere Kosten. Gewinnversprechende Bereiche, wie etwa die Güterbeförderung und stark frequentierte Hauptverkehrsstrecken sind Ziel der Begehrlichkeit der Privatwirtschaft. Den Gewinn teilen sich dann einige Spekulanten, die Bevölkerung muss die Kosten für die weniger attraktiven Strecken tragen.

onsschalter schickte man ihn zum „Infocenter“. Von dort an den Fahrkartenschalter, wo man ihn wieder zurück an das Infocenter verwies. Alles vergeblich! Rail Cargo blieb unerreichbar, die Koffer blieben verschwunden. Schließlich wurde Herr Friedl klar, dass sie beide ohne Urlaubsgepäck abreisen würden müssen.

Und noch einmal ...

Zurück aus dem Urlaub, erhielt Herr Friedl eines Tages einen Anruf vom Verteilerzentrum Werndorf: das Gepäck sei den ganzen Tag schon in Graz unterwegs und könne nicht zugestellt werden, da auf dem Auftragschein keine Hausnummer angegeben sei... (siehe oben)

*) Name der Redaktion bekannt

UNTERNEHMEN DER ÖBB

1992: Die ÖBB werden aus dem Bundesbudget ausgegliedert und in eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit umgewandelt, um den Forderungen der EU an das beitragswillige Österreich nachzukommen.

2004: Die ÖBB werden als Konzern unter dem Dach der ÖBB Holding AG neu organisiert. Fernziel: Trennung von Infrastruktur und Bahnbetrieb. Die Holding bleibt vorerst zu 100% im Besitz der Republik Österreich.

Die Tochtergesellschaften:

Die ÖBB werden in viele Einzelfirmen zerstückelt. Jeweils mit eigenen, hoch bezahlten Managern. Im Rahmen eines „Cross-Border-Leasing“-Vertrages wurden Bahnhöfe, Züge und Signalanlagen an US-Finanzgesellschaften verkauft und wieder zurück geleast – dabei wurde viel Geld verloren.

– **ÖBB-Personenverkehrs- AG** mit der 100%igen Tochter „ÖBB Postbus GmbH“

– **Rail Cargo Austria AG (RCA)**, zuständig für Güterverkehr, Logistik und die 100%ige Tochter „Speditons Holding GmbH“

– **ÖBB Infrastruktur Betrieb AG**, zuständig für Trassenvergabe, Betrieb, Wartung des Schienennetzes

– **ÖBB Infrastruktur Bau AG**, zuständig für Planung, Projektierung und Bau der Infrastruktur sowie für die 100%-Töchter „ÖBB Immobilienmanagement GmbH“ und „Brenner Eisenbahn GmbH“.

– **ÖBB Dienstleistungs GmbH**, zuständig für Informatik und Personalwesen.

Die Dienstleistungs GmbH soll bis Ende 2008 aufgelöst und die Aufgaben den jeweiligen Teilgesellschaften übertragen werden.

Die **Privatisierungsbestrebungen** nehmen zu: Die deutsche Railion hat bereits ihre Fühler nach der RCA ausgestreckt. Besonders attraktiv: Der moderne ÖBB-Maschinenpark, erst kürzlich erweitert mit den Steuergeldern der Österreicher!

Wirbelstürme verwüsten Kuba - bitte helfen Sie jetzt!

Erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen über Hurrikane in der Karibik haben innerhalb von einer Woche zwei starke Wirbelstürme mit maximalen Windgeschwindigkeiten zwischen 215 und 240 km/h Kuba überquert.



Der erste, Gustav, zog eine Schneise der totalen Zerstörung durch Kaffee-, Tabak- und Bananenplantagen der Provinz Pinar del Rio westlich von Havanna; der zweite, Ike, durchquerte zwei Drittel von Kuba in Längsrichtung. Er zerstörte allein in einer Provinz 35.000 Häuser



dereinrichtungen der Nickelindustrie. Weit mehr als 1 Million Menschen wurden in sichere Notunterkünfte gebracht, trotzdem sind sieben Tote zu beklagen – es sind die ersten Hurrikantoten auf Kuba seit vielen Jahren.

„Es ist praktisch das halbe Land zerstört!“

Aber auch die zynische Weiterführung des umfassenden Wirtschaftskrieges der reichsten Nation der Erde gegen ein kleines Land wird Ku-

ba nicht in die Knie zwingen. Unmittelbar vor Eintreffen von Ike in Havanna meinte ein Kubaner: „Sogar wenn die Natur gegen uns ist, werden wir uns wieder erholen und zu verteidigen wissen!“

Unterstützen wir diesen Optimismus zum Wiederaufbau! Spenden Sie auf das Hurrikan-Konto der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft: Die Mittel werden direkt auf ein Sonderkonto

des kubanischen Ministeriums für Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MINVEC) weitergeleitet. Spendenkonto: BankAustria Creditanstalt (BLZ 12000) KontoNr. 00 601 263 700, ÖKG, Kennwort ‚Hurrikan‘

JEDE HILFE ZÄHLT!

Rasche Hilfe wirkt doppelt!
BankAustria Creditanstalt (BLZ 12000), ÖKG, KontoNr. 00 601 263 700 ‚Hurrikan‘

<http://www.cuba.or.at/>



VERANSTALTUNGEN – [HTTP://BILDUNGSVEREIN.KPOE-STEIERMARK.AT/](http://BILDUNGSVEREIN.KPOE-STEIERMARK.AT/)

Buchpräsentation: Männer und Frauen

18. Sept. 08, 19 Uhr: Sibylle Hamann präsentiert ihr Buch: Weißbuch Frauen. Schwarzbuch Männer. Warum wir einen neuen Geschlechtervertrag brauchen.



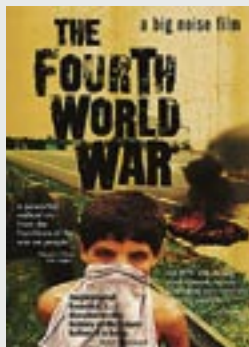
Workshop: Sicherheit im Netz

30. Sept. 08, 16 Uhr: Workshop zu Sicherheit im Internet mit Jogi Hofmüller, Anmeldung erforderlich
Der gläserne Mensch ist schon Realität! Der Großteil von uns surft im Netz und verschickt Mails ohne entsprechende Sicherheitsvorkehrungen. Jogi Hofmüller wird in diesem Workshop erläutern, warum es so wichtig ist, seinen Datenverkehr zu schützen. Mit Praxis: E-Mails verschlüsseln und anonym surfen. Wie geht das?

prol.kino: Der 4. Weltkrieg

7. Okt. 08, 19 Uhr: Dokumentarfilm über die globalen sozialen Bewegungen.

Der „Vierte Weltkrieg“ führt uns an die vordersten Fronten aktueller sozialer Konflikte in Mexiko, Argentinien, Israel/Palästina, Korea, Südafrika, Nordamerika und Europa ein. Hier kommen Menschen zu Wort, die sich weigern, sich dem Terror zu beugen und die ihre Träume von einer gerechten Welt nicht durch Armeen, Angst oder Verzweiflung besetzen lassen.



Ein Film, der über die weltweiten sozialen Bewegungen gegen Neoliberalismus erzählt.

Seminar: Das Kapital

10. bis 12. Oktober 2008: Vortrag und Seminar mit Michael Heinrich „Wie das Marxsche Kapital lesen?“ Prof. Heinrich wird am Freitag über die aktuelle Auseinandersetzung mit Karl Marx sprechen und am Wochenende ein Einführungsseminar in „Das Kapital“ abhalten.

Über Lärm und Musik

16. Oktober 2008: Beginn 20 Uhr. Vortrag von **Berndt Luef** „Lärm ist immer die Musik der anderen“.

KÖFLACH:

Lesung über Richard Zach

23. Oktober 2008, 19 Uhr. **Volksheim Köflach. Alter Rathausplatz 3, 8580 Köflach.** **Gerhard Balluch liest Gedichte und Texte von Richard Zach.** **Einleitende Worte: Gerhard Dienes.**



Diskussion: Entzauberung des Dalai Lama

30. Oktober 2008, Beginn 19 Uhr. Universität Graz. Vortrag und Diskussion mit Colin Goldner zum Thema „Dalai Lama - die Entzauberung eines Gottkönigs“. Er wird dort auch die Neuauflage seines Buches „Dalai Lama - Fall eines Gottkönigs“ präsentieren. In Zusammenarbeit mit dem Kommunistischen StudentInnenverband Graz.

Wenn nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im KPÖ-Bildungszentrum, Lagergasse 98a, 8020 Graz statt. Der Eintritt ist durchwegs frei. Informationen und Rückfragen unter 0316 / 22 59 31 oder 0316 / 22 59 32 bzw. im Internet <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Seit 10 Jahren in US-Polithaft

Sie haben zahlreiche Terroranschläge verhindert. Ihr Lohn: Haft in den USA. Seit 10 Jahren kämpfen internationale Institutionen für die Freilassung von fünf Kubanern.



Zur frühzeitigen Aufdeckung und Abwehr terroristischer Aktionen gegen Kuba hatten fünf Kubaner in den USA umfangreiches Beweismaterial über geplante Terroraktionen gesammelt.

1998 übergab die kubanische Regierung dieses Material an das FBI und US-amerikanische Medien in der Erwartung, dass die US-Behörden weitere Terrorakte unterbinden und die Terrororganisationen in Miami aktiv bekämpfen würden. Doch es kam ganz anders:

Die Bush-Regierung ließ nicht, wie erwartet, die Terroristen verhaften, sondern jene fünf Männer, die durch ihren Einsatz zahlreiche Terrorakte auf kubanische Institutionen und Persönlichkeiten verhindert hatten. Sie wurden wegen „Verschwörung und Spionage“ sowie „Verschwörung zum Mord“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, drei von ihnen sogar lebenslanglich.

Trotz zahlreicher Proteste internationaler Organisationen und eines Berufungsverfahrens in den USA ist es bis heute nicht gelungen, die Freilassung der zu Unrecht Verurteilten zu erwirken. Nun jährte sich der Tag ihrer Inhaftierung zum 10. Mal. Infos: www.cuba.or.at unter „Free the Five“.

Magna baut 600 Beschäftigte ab

Mit der Kündigung von 350 Leiharbeitern und rund 250 Stamm-Mitarbeitern setzt Ende September die nächste große Freisetzungswelle bei Magna ein.

Die „atmende Fabrik“ nennen Betriebe wie Frank Stronachs Magna Steyr diese Strategie. Je nach Auftragslage werden Arbeiter eingestellt oder gekündigt, auch die Arbeitszeiten werden den Aufträgen angepasst.

Von Kündigung spricht freilich keiner gerne. Die Leiharbeiter werden an die Verleihfirmen „zurückgestellt“ und von dort ans Arbeitsamt „übergeben“, für die

Stammebelegschaft gilt das Angebot, in eine Arbeitsstiftung zu wechseln. „Freiwillig“, wie das Unternehmen betont. „Sollten sich aber nicht genug Leute für die Stiftung mel-

den“, stellt GLB-Betriebsrat Peter Scherz klar, „werden die restlichen bestimmt. Jetzt hofft jeder, dass es ihn nicht trifft“, beschreibt er die Stimmung im Betrieb.



Foto: bigshot



Derzeit warten beim Landestierschutzverein mehrere Haustiere auf neue Besitzer; und immer wieder entlaufene auf ihre alten... Die folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.



Flocke, Schoko und Pockerface: Die drei noch etwas schüchternen Tigerkater kommen vom Land und sind etwa 12 Wochen alt.



Wuschl: Das Meerschweinchenmännchen wurde 2002 geboren und ist kastriert. Die Besitzer haben leider keine Zeit mehr für ihn.



Hüfti: Die Meerschweinchen-dame wurde 2006 geboren und war mit Wuschl zusammen. Die beiden sollten auch zusammenbleiben.



Tina: Die 5-jährige Mischlingshündin ist sehr brav. Sie ist eine Scheidungsweise und wartet auf liebevolle BesitzerInnen.



Nero: Der 1 1/2-jährige Mischlingsrüde kam nach einem Wohnungswechsel ins Tierheim. Er mag auch Katzen.



Josi: Das schwarz-weiße Weibchen ist rund ein Jahr alt und sterilisiert. Sie wurde in einer Schachtel ausgesetzt.

MONSANTO Vom Giftgas zur Gentechnologie

Einst produzierte Monsanto das seit dem Vietnamkrieg bekannte Entlaubungsmittel Agent Orange. Daraus wurde das Pflanzenvernichtungsmittel **Roundup**. Heute bietet der Konzern gentechnisch veränderte Kulturpflanzen an. Sie halten dem Gift stand.

Das bekannte Herbizid „Roundup“ des 1971 gegründeten Biotechnologiekonzerns vernichtet verlässlich alles, was an Grün aus der Erde sprießt. Mittlerweile setzt der Konzern zunehmend auf den Verkauf von Pflanzensamen. Schon jetzt stammen 90 % aller weltweit angebauten Gen-Pflanzen von Monsanto.

Die Homepage von Monsanto (www.monsanto.de) liest sich wie eine Umweltbroschüre. „Roundup Ready-Mais schont die Umwelt“, heißt es da beispielsweise. Mais- Baumwoll- und Sojapflanzen werden gentechnisch gegen Roundup resistent gemacht. Das hochwirksame Gift bleibt in der Pflanze und landet indirekt über Futter- und Lebensmittel bei uns auf dem Tisch.

Wer behauptet, dass Roundup die Entwicklung des Fötus beim Menschen negativ beeinflusst und weltweites Krötensterben auslöst, muss mit Klagen seitens des Konzerns rechnen.

Skrupel kennt der Chemiekonzern nicht. Einflussnahme auf Politik und Wissenschaft, Aufkauf konkurrierender Unternehmen, aggressiver Erwerb von Patenten, Kontrolle von Landwirten und Inkaufnahme der Kontamination großer Gebiete mit Gen-Pflanzen – daraus ist das Erfolgsrezept von Monsanto gestrickt.



Mehr Pestizide im Essen: Gesundheitsrisiko, vor allem für Kinder.

Im Mai kippte Brüssel Österreichs Importverbote für zwei Genmaissorten. Seit ersten September gelten höhere Richtwerte für Pestizide in Lebensmitteln.

Die EU könne gar nicht anders handeln. Sie sei „Gefangene internationaler Verträge“ (Zitat: Franz Fischler). Mit derartigen Argumenten versuchte man die Tatsache, dass die EU Österreich gezwungen hat, die Einfuhrverbote für zwei Genmaissorten aufzuheben, zu entschuldigen.

Jetzt wurde eine neuerliche Abscheulichkeit bekannt: Laut einer neuen EU-Richtlinie

gelten seit September erhöhte Grenzwerte für Pestizide in Lebensmitteln – laut einer unlängst von Global 2000 durchgeführten Studie wurden sie teilweise sogar auf das 1000fache der bisher geltenden höchstzulässigen Menge angehoben. Auch die Anzahl der zugelassenen Giftstoffe wurde massiv erhöht.

Die Gefahr einer „Überdosis“ ist vor allem bei Kindern besonders groß, wie Helmut Burtscher, Biochemiker von Global 2000, veranschaulichte: So könne der Grenzwert für ein rund 16 kg schweres Kind bereits beim Konsum von sieben (!) Trauben überschritten sein.

Die Vorgehensweise der

EU in der Angelegenheit war die übliche: Man richtete sich einfach nach den höchsten in einzelnen Ländern bisher geltenden Grenzwerten!

Mit diesen Maßnahmen leistet die EU den Mächten internationaler Biotechnologiekonzerne (siehe auch Beispiel Monsanto, Artikel links) Vorschub. Mahlzeit!

Bauern benachteiligt

Mit dem Beitritt zur EU wurden Schritt für Schritt alle Schutzmaßnahmen für die Bauern beseitigt. Heute zählen sie zu den am meisten benachteiligten Gruppen in Österreich. Während landwirtschaftliche Konzerne immer noch in den Genuss von Förderungen kommen, sinken die Einnahmen von Klein- und Nebenerwerbslandwirten drastisch. Nebenerwerb wird noch zusätzlich benachteiligt – etwa durch die Verpflichtung, eine Unfallversicherung einzuzahlen, aber keine Chance auf eine Leistung zu haben. Die ÖVP hat ihr Ansehen als Vertretung der Bauern längst verspielt! Daher rufen wir zur Nationalratswahl auf. Diesmal Liste 6 - KPÖ wählen!

Monsanto liefert 90 % aller Gen-Pflanzen weltweit.

foto: flickr/kopka



POMOLOGIE: OBSTSORTENTAG IN PÖLS !

Der Name des Apfels

„Ich habe da einen Apfelbaum von meinem Großvater, diese guten rot-grünen Äpfel gibt es sonst nirgends mehr. Wo bekomme ich einen jungen Baum her? Welche Sorte kann das sein?“

Frage, die mitunter gar nicht so leicht zu beantworten sind. Selbst Obstkundige (Pomologen) kommen da manchmal gehörig ins Schwitzen, wenn die Früchte zum Beispiel untypisch gefärbt oder noch unreif sind. Sie brauchen deshalb mindestens fünf typisch geformte Früchte einer Sorte.

Die Obstexperten Bernd Kajtna vom Verein ARCHE NOAH und der Autor Roland Gaber, beide exzellente Obstsortenkenner, bemühen sich um die Erkennung Ihrer Apfel- bzw. Obstsorte.

2007 konnten in Niederösterreich der Blauapfel und die Rohreggerbirne in alten bäu-

erlichen Obstgärten ausfindig gemacht werden. Vielleicht taucht auch bei uns die eine oder andere wertvolle Rarität wieder auf.

Obstbaum zu verpachten!

Schon adelige Herrscher hatten eine Schwäche für süße Früchte. Aristokratische Namen wie Kronprinz Rudolf, oder Königin Victoria zeugen heute noch davon.

Weniger bekannt ist, dass bis in die Zwischenkriegszeit in den Arbeitergärten der Obstbau und sogar die Zucht von Obstsorten eine Leidenschaft der arbeitenden

Bevölkerung waren. Die in der Kleingärtnerzeitung „**Nach der Arbeit**“ erschienenen Obstsortenbeschreibungen sind heute noch ein Standardwerk. „*Baumwarte und Pomologen waren hoch angesehene Leute unter den Kleingärtnern und Arbeitern. Ohne sie hätten wir heute nicht eine einzige Streuobstwiese. Und obwohl einige wenige jetzt noch leben – einen kenne ich zum Beispiel in Spielberg, er ist nahe dem 90er – kennt beide Berufe niemand mehr. Für die Obstbäume aber sind 60-80 Jahre ein Klacks,*“ schreibt Katharina Dianat, Leiterin der Obstversuchsanlage im Lavanttal.

Vorbei ist auch die Zeit der nummerierten, auf Gemeindegrund stehenden Obstbäume, die von „landlosen“ gepachtet werden konnten. Beim Obst

Apfel ist nicht gleich Apfel, Birne nicht gleich Birne. Beim Obstsortentag kann man Obstsorten bestimmen lassen und erfahren, wie man ihre Vorzüge am genießt.



WUSSTEN SIE,

... dass die beste Bratapfelsorte **Jakob Lebel** heißt?

... dass einer der besten Frühäpfel **Aldingers George Cave** heißt?

... dass die **Harbertsrenette** eine vorzügliche Most und Saftsorte ist?

... dass der **Maschanzker** in Höhenlagen nicht reif wird?

<http://www.arche-noah.at/>

<http://www.ova-online.at/>

sind heute viele abhängig vom Supermarkt. Der Geschmack bleibt oft auf der Strecke. Hinzu kommt, dass die enorme Konzentration im Lebensmittelhandel den Lebensmittelkonzernen mittlerweile eine Monopolstellung einräumt.

Die enorm gestiegenen Preise für Lebensmittel beweisen, dass diese Unternehmen auch bereit sind, dies auszunutzen. Gesundes Obst droht zum Luxusprodukt zu werden. Es ist also an der Zeit, sich ein bisschen Unabhängigkeit zurückzuerobern.

OBERSTEIRISCHER OBSTSORTENTAG

Bestimmung von mitgebrachtem Obst

Verkostung und Vorstellung der Sorten

**Tipps und Beratung
Eintritt frei!**

Wo? In der Volksschule PÖLS
Wann? Am Sa., 4. 10.2008 von 10 bis 17 Uhr

Lassen Sie Ihre Äpfel, Birnen und Zwetschen von einem erfahrenen Obstexperten bestimmen! Kommen Sie, bringen Sie Ihr Obst mit (5 Früchte pro Sorte), je mehr Früchte hereinkommen, umso schöner wird die Ausstellung sein!

Information: Tel. 03579 / 80 37

Eine Veranstaltung von Arche Noah und der Gemeinde PÖLS.

Armut im Alter?

- Wie man bei privaten Pensionen durch die Finger schauen kann
- Welche Vorteile hat die staatliche Pensionsversicherung?

Vortrag und Diskussion mit
Mag.a Christine Mayrhofer

Dienstag, 23. September 2008, 19 Uhr

KPÖ-Bildungszentrum Graz

Lagergasse 98a

Tel. 0316 / 22 59 31

Freier Eintritt!



Literatur überwindet Grenzen X. Internationaler Literaturwettbewerb zum Thema „Träume“

für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 19 Jahren

Einreichfrist: 5. Dez. 2008

Format: A4-Manuskript, maximal 4 Seiten

nähere Informationen: perplex-verlag,

Hans-Sachs-Gasse 14/3, 8010 Graz, Tel.: +43/316/89 04 72

http://www.perplex.at • E-Mail: office@perplex.at

Neu in der ganzen Steiermark:
www.mit-dir.org



**Grannyssitting
Betreute Seniorenurlaube
Urlaube für Menschen
mit Behinderung**

Mit Dir

0664-1517124
Graz

Mit Dir - Verein für Hilfe in allen Lebenslagen ZVR: 422153923

KLEINANZEIGEN

Arbeit gesucht

Ich suche eine Ganztagsstelle im Bürobereich. Branche egal, da ich mich schnell einarbeite. Ich bringe Einsatzfreude, einen guten Umgang mit Kunden, Ehrgeiz und Kommunikationsstärke mit. Zuletzt war ich am Flughafen Graz bei einer Spedition beschäftigt. Ich freue mich auf Ihren Anruf unter: 0664/ 50 989 51

Wohnung gesucht

Alleinstehende Pensionistin sucht erschwingliche 2-Zimmer-Wohnung bis 50 m², Parterre oder Lift, in Graz, linkes Murufer. Tel.: 0664/ 4992974.

Multikulturelle Band (Worldmusic) sucht Proberaum in Graz. 0676/35 94 473.

Ford Escort zum Ausschachten günstig abzugeben, rot, Bj 93, kein Pickerl, Selbstabholung (bei Eibiswald), Tel. 0676/ 9649 394.

Steirische Volksstimme

Impressum: Steirische Volksstimme, Lagergasse 98a, 8020 Graz.

Tel. 0316 / 877 51 02,

Fax 0316 / 877 51 08

E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at DVR: 0600008

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHTAGE

Mo. bis Fr. von
10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020
Graz

☎ 0316/71 24 80

Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- andere Probleme

Sprechstunden der KPÖ

VOITSBERG

Sprechstunde mit KPÖ-Labg. Claudia Klimt-Weithaler und DSA Karin Gruber



Di. 23. 9. 2008, 10.00 bis 12.00 Uhr,
KPÖ-Bezirksheim Voitsberg,
C.-v.-Hötzendorfstraße 29,

Tel. 03142 / 22421 oder 0316 / 877 51 01

Bürozeiten Voitsberg: jeden Mi: 10 bis 14 Uhr

KNITTELFELD

Sprechstunde mit Sozialberatung mit KPÖ-Labg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber



Do., 25.9.2008, 10 bis 12 Uhr,

KPÖ Parteheim Knfd, Friedensstraße 10, Knittelfeld.

Anmeldungen: 03512 / 822 40 oder 0316 / 877 51 01

Voranmeldung erforderlich!

MÜRZZUSCHLAG

Sprechstunde mit
KPÖ-Labg. Dr. Werner Murgg



Do. 2. 10. 2008, 10.00 Uhr Uhr,
KPÖ-Bezirksbüro Mürzzuschlag,

Wienerstraße 148,

Tel. 03852 / 2453 oder 0650 / 27 10 550

Voranmeldung erforderlich!

KAPFENBERG

Sprechstunde mit KPÖ-Labg. Dr. Werner Murgg

Do. 2. 10. 2008, 12.00 Uhr Uhr,
Franz-Bair-Heim der KPÖ Kapfenberg,
Feldgasse 8,

Tel. 03862/224 17 oder 0676 / 61 32 771



**Helfen statt reden
Mit Rat und Tat!**

KPÖ Notruf 0316/ 877 5102

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Landhaus=Hinterhaus

Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Freitag, 26. September
Franz-Bair-Heim der KPÖ
Kapfenberg, Feldgasse 8, ab
10.00 Uhr

Anmeldung erforderlich!
Unter Tel: 0676/61 32 771
oder 03862/22 417
Ganze Steiermark!



Red:out jeweils am 2.
Montag des Monats
um 18:00 Uhr in der Tra-
miner Weinstube, Klos-
terwiesgasse 2 (Nähe
Jakominiplatz).

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Steirische Volksstimme: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316/ 71 62 91 e-post: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Misstände im Pflegeheim

Ich kann Ihrem Artikel über die Pflegemisere ganz und gar zustimmen. Ich arbeite selber in einem Pflegeheim als Pflegehelferin und kann das nur bestätigen. Die Misstände, die da herrschen, sind eine Katastrophe und die, die darunter leiden, sind die Bewohner und die Angestellten.

Es ärgert mich, dass die Heime satte Gewinne erzielen und wir zusehen können, wie wir mit unserem kleinen Gehalt über die Runden kommen. Wir leisten Schwerstarbeit, und es wird immer mehr verlangt. Die Bewohner bleiben auf der Strecke, da man keine Zeit mehr hat, sich mit dem einen oder anderen zu unterhalten. Man bekommt Zeitvorgaben, wie lange man bei einem Bewohner brauchen darf, verrichtet Nachtdienst alleine für 57 Bewohner usw...

Unsere Anliegen, wie mehr Personal und Gehalt, werden sofort abgeblockt und damit begründet, dass wir genug Personal hätten und dass die Entlohnung dem entspreche, was wir leisten. Das kann es nicht sein.

Pflegestufen sollten keine Auswirkung auf die Anzahl des Personals haben, die Gehälter sollten einheitlich sein und nicht von Bundesland zu Bundesland verschieden. Sie sprechen immer von ehrenvoller Arbeit, aber die Anerkennung für unseren Beruf bleibt leider aus. Es wird Zeit, dass sich da etwas ändert.

(Name der Redaktion bekannt)

Wahl 2008

Leider sind alle Medien auf dem „linken Auge“ blind, denn alle berichten nur vom „rechten Lager“ und dem abgesprungenen „Schwarzen Fritz“. Wobei die ÖVP das sehr geschickt gemacht hat: getrennt kämpfen, gemein-

sam schlagen, und die Wähler merken es NICHT.

Martin Tengler

Falscher Experte

„Es wird mehr als genug Mehrwert erzeugt, so dass alle Menschen gut leben könnten. Es ist heute nur für 30 Wochenstunden Arbeit vorhanden. Diese 30 Wochenstunden würden aber auch genügen, und zwar bei vollem Lohnausgleich, denn heute werden um 90 Prozent mehr Güter erzeugt als im Jahr 1981.“

Dieses Zitat stammt vom „Pensionsexperten“ Bernd Marin, nachzulesen im Standard vom 20.11.1993. Seither hat sich die Arbeitsproduktivität weiter erhöht, die Löhne und Pensionen sind in diesen 27 Jahren (seit 1981) aber in Bezug auf die Kaufkraft höchstens gleichgeblieben.

W. Winterberg

Strick um den Hals

Wenn es weiter so extrem bergab geht in Österreich, hilft es auch nichts mehr, den Gürtel enger zu schnallen. Da bleibt auf gut Deutsch nur mehr der Strick um den Hals! Ich bin 74 Jahre alt, habe 413 Versicherungsmonate und bekomme eine Pension von 382 Euro. Da ich verheiratet bin, bekomme ich keine Ausgleichszulage, keine Rezeptgebührenbefreiung, nichts. Seit ich in Pension bin, kann ich von Urlaub, Kino, Veranstaltungen usw. nur träumen. Das Geld brauche ich ausschließlich für Medikamente, Frisör, Telefon. Für Schuhreparaturen oder die Putzerei sowie für den Friedhofsbesuch bei meinen Eltern in Leoben muss ich fleißig sparen.

Wenn das Volk wieder so wählt wie bisher, hab ich einfach keine Worte. Sind alle taub und blind? Mein Trost, dass ich vielleicht mein letztes Ziel bald erreicht haben werde... Frau B., Judenburg



Exekutive – Sektion Justizwache

GÖD – 11. Bundes-Personalvertretungswahlen 2009

Der Gewerkschaftliche Linksblock der Exekutive Österreichs, Sektion Justizwache, ermöglicht und unterstützt die Kandidatur an Deiner Dienststelle zu den 11. Bundes-Personalvertretungswahlen 2009 der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Kompetenz in Personal- und gewerkschaftlichen Belangen erfordert zum Wohle aller Beamtinnen und Beamten eine starke Vertretung in den Dienststellen.

Der Gewerkschaftliche Linksblock der Exekutive Österreichs sucht deshalb engagierte zukünftige Personalvertreter für eine Kandidatur bei den

11. GÖD Bundes-Personalvertretungswahlen 2009!

Kontakt: Vors. Gewerkschaftlicher Linksblock, Sektion Justizwache, Chr. Sikora. E-Mail: Sikora.Christian@justiz.gv.at, christian_sikora@gmx.at, Tel. 0316-2705-6086

Pensionen: Jetzt muss gehandelt werden!



Alfred Froschauer, Obmann des Zentralverbandes der Pensionisten-Steiermark, kandidiert auf der Liste der KPÖ

Die ältere Generation muss für Mieten, Heizkosten, Lebensmittel und Verkehr genau so viel bezahlen wie alle anderen. Umso mehr werden die schon bisher sinkenden Pensionen von der derzeitigen Inflation aufgefressen.

Deshalb darf man bei der Pensionserhöhung nicht sparen. Wir haben es nicht verdient, dass die Parteien Wahlkampf auf dem Rücken der Senioren betreiben.

Ein Fixbetrag und **zusätzlich** die Pensionserhöhung sind einfach notwendig. Insgesamt sollten es mindestens 5% sein, um die Inflation auszugleichen. Weiters müssen Neupensionen sofort angepasst werden und nicht erst im übernächsten Jahr.

Der Ausgleichszulagenrichtsatz liegt mit 747 Euro brutto bereits deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze von 893 Euro. Jetzt muss gehandelt werden!



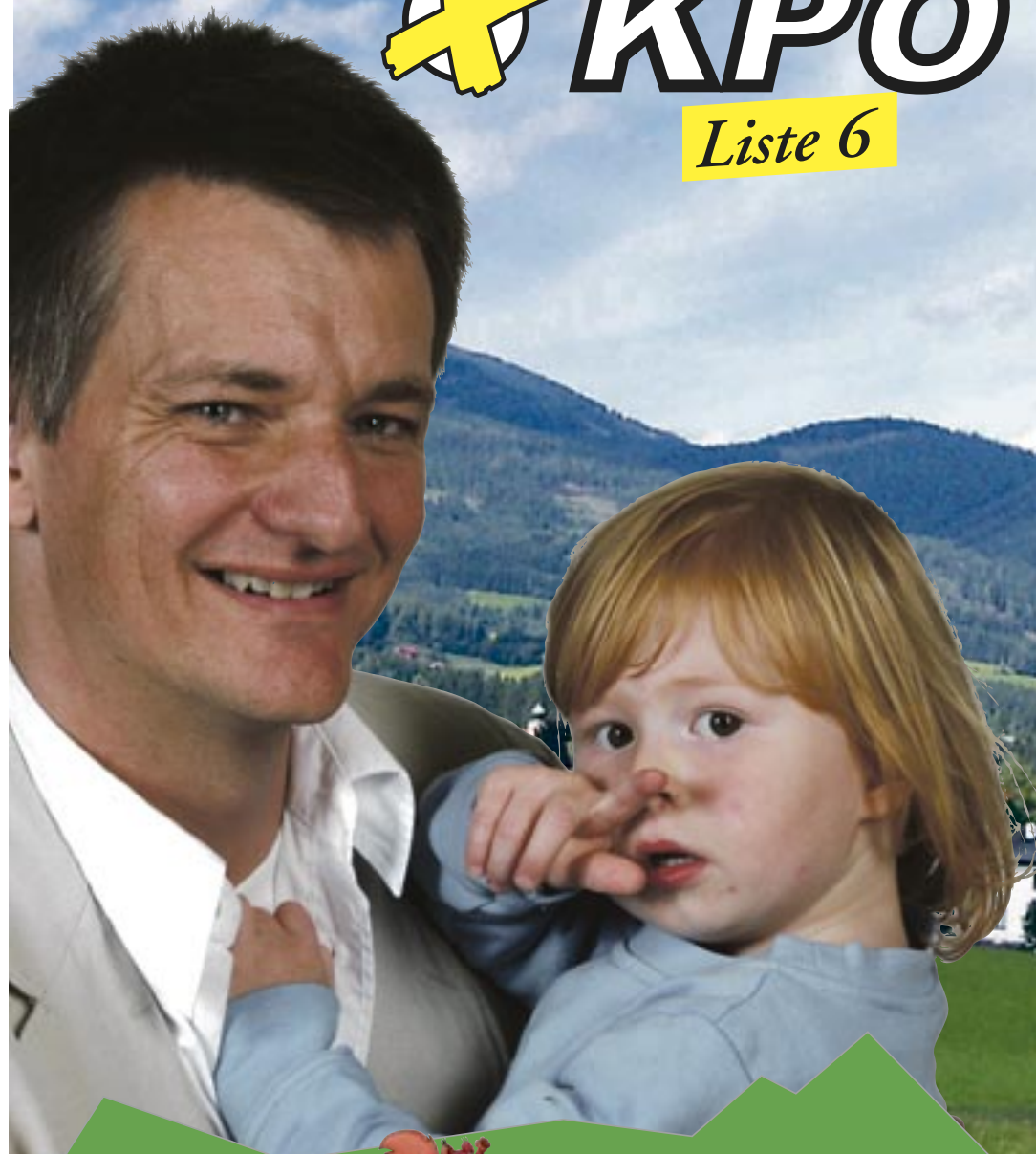
Nationalratswahl 2008

Stärkt die Kleinen!

Diesmal

 **KPÖ**

Liste 6



Manfred Eber,
Kandidat der steirischen KPÖ



www.kpoe-steiermark.at • Tel. 0316/ 71 24 79

Manfred Eber:

KPÖ-Kandidat bei der Nationalrats- wahl 2008 im Interview

Volksstimme: Was spricht für die KPÖ bei den kommenden Nationalratswahlen?

Eber: Die KPÖ ist die einzige Partei, die sich für arbeitende Menschen einsetzt. Außerdem haben Ernest Kaltenegger und Elke Kahr in den letzten Jahren bewiesen, dass die KPÖ glaubhaft und nachhaltig für soziale Belange eintritt.

Volksstimme: Was sind die wichtigsten Punkte, auf die Sie sich im Wahlkampf konzentrieren?

Eber: Mit der Wiedereinführung der amtlichen Preiskontrolle fordern wir sinnvolle Maßnahmen gegen die **Teuerung**. Außerdem halten wir die Abschaffung der Umsatzsteuer auf Mieten, Medikamente und Heilbehelfe für geboten.

Die **Privatisierungen** der letzten Jahrzehnte haben für Konsumenten eine Verschlechterung des Angebotes und für Beschäftigte längere Arbeitszeiten, mehr Druck und stagnierende bzw. sinkende Einkommen gebracht. Wir fordern daher einen Privatisierungsstopp sowie die Entprivatisierung wichtiger Bereiche.

In der Frage der **EU** haben wir stets für eine Volksabstimmung gegen den praktizierten Demokratieabbau plädiert. Wir verlangen den Stopp der Unterordnung unter EU-Interessen sowie eine aktive Neutralitätspolitik Österreichs.

Volksstimme: Ist eine Stimme für die KPÖ nicht eine verlorene Stimme?

Eber: Die Wahlen 2006 haben gezeigt, dass jede Stimme für die SPÖ eine verlorene Stimme war. Wer für die KPÖ stimmt, setzt ein sichtbares Zeichen des Protests gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung. Spekulationssteuer, die Änderung des Stiftungsrechts sowie Wertschöpfungsabgabe wären sinnvolle Schritte zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Land.